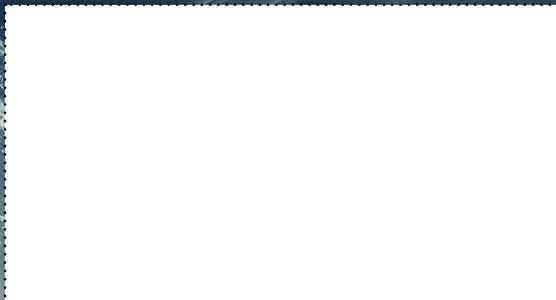


Retouren an obds – 1060 Wien, Mariahilfer Straße 81/1/14



Österreichische Post AG - Info.Mail Entgelt bezahlt



SOZIALE ARBEIT KOMMT ZU KURZ.

Gratis aus ganz Tirol
0800 / 22 55 22



Arbeitsrecht	DW 1414
Bildungsrecht	DW 1515
Sozialrecht	DW 1616
Steuerrecht	DW 1466
Lehrlingsrecht	DW 1566
Konsumentenrecht	DW 1818
Wohn- und Mietrecht	DW 1718
Betriebsservice	DW 1919

Arbeiterkammer Tirol

Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
ak@tirol.com

AK Tirol in den Bezirken:

Imst, Rathausstraße 1, 6460 Imst

Kitzbühel, Rennfeld 13, 6370 Kitzbühel

Kufstein, Arkadenplatz 2, 6330 Kufstein

Landeck, Malsersstraße 11, 6500 Landeck

Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, 9900 Lienz

Reutte, Mühler Straße 22, 6600 Reutte

Schwaz, Münchner Straße 20, 6130 Schwaz

Telfs, Moritzenstraße 1, 6410 Telfs

www.ak-tirol.com



EDITORIAL

» SOZIALE ARBEIT KOMMT ZU KURZ «



von Armin Weber

Liebe Leser*innen!

Die 99. Ausgabe unserer Zeitschrift SIT beschäftigt sich mit den aktuellen Veränderungen für die Soziale Arbeit und deren Klientel. Seit die derzeitige Bundesregierung im Amt ist, kommt es zu veränderten Rahmenbedingungen für die Soziale Arbeit und deren Zielgruppen.

Erste Auswirkungen sind auch bereits in der Praxisarbeit spürbar und zwar in einer Form, die uns zu unserem Titel inspiriert hat. Soziale Arbeit kommt zu KURZ!

Uns war aber wichtig, nicht nur negative Entwicklungen zu beschreiben, sondern auch die positiven und kreativen Antworten aus der Sozialen Arbeit zu Wort kommen zu lassen. So werden beispielsweise unterschiedliche Teilnehmer*innen des diesjährigen KNAST-Kongresses von ebendiesem berichten.

Was wäre die SIT-Redaktion, wenn nicht mindestens eine Neuerung pro Ausgabe Platz hätte. Diesmal freuen wir uns sehr, einen Bericht über die Tätigkeiten unserer oberösterreichischen Kolleg*innen veröffentlichen zu können sowie über einen Beitrag aus Salzburg. Damit verbunden ist auch die Premiere, dass erstmals nicht nur Tiroler Mitglieder des obds unsere Zeitschrift erhalten, sondern diesmal auch alle Salzburger Kolleg*innen.

Ich bedanke mich im Namen der Redaktion bei allen Autor*innen und Inserierenden und wünsche allen Leser*innen einen guten Jahresausklang und viel Energie für die bevorstehenden Herausforderungen im Jahr 2019.

Für die Redaktion
Armin Weber

IMPRESSUM

Herausgeber und Medieninhaber: obds - Bundesland Tirol • Redaktion: Theresa Luxner, Kathrin Gritsch, Jorin Flick, Anna Storf, Armin Weber • Layout&Konzeption: Florian Sitz • Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe: Armin Weber, Theresa Luxner, Jorin Massimo Flick, Alois Pözl, Josefina Egg, Michael Rölver, Sophie Lindtner, Marlene Erkl, Thomas Buchner, Nini Reichl, Ayse Maluhan, Paul Haller, Kathleen Schröder, Monika Fuchs, Lucia Palas, Aurelia Sagmeister, Sabine Trumer, Harald Schweighofer • Fotos: Florian Sitz, Alena Klingler, Freeimages.com, SOS-Kinderdorf, Adobe Stock • Druck: www.onlineprinters.at • Anzeigenverkauf: Jorin Flick | tirol@obds.at • Anschrift: obds - 1060 Wien, Mariahilfer Straße 81/I/14 • E-Mail: tirol@obds.at • Auflage: 400 Stück • Hinweis: Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge sind die Autor*innen verantwortlich. Diese Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des obds - Bundesland Tirol.

Inhalt

THEMEN

» Soziale Arbeitssplitter «	8
» Eine Neo-Soziale Arbeit «	10
» Nach dem Kongress ist vor dem Widerstand «	12
» Perspektiven einer kritischen Sozialen Arbeit«	14
» Aller guten Dinge sind: Drei Beispiele des Widerstands «	17
» No chance for you - Wie schlechte Chancen noch schlechter gemacht werden «	20
» Gerecht ist, was Elend schafft? «	23
» Deutsch als FreundInsprache - Eine besondere Symbiose von Sprachtraining und Sozialarbeit «	26
» Kolumne: Michi meutert... «	29
» Teenstar-Leaks: Wenn Sozialpädagogik Angst macht«	30
» Bericht aus Oberösterreich «	32
» Diese Regierung gefährdet deine Gesundheit! «	35



15 | KRITISCHE PERSPEKTIVEN



21 | NO CHANCE FOR YOU



35 | GESUNDHEITSGEFÄHRUNG

» SIT-Abo für Nicht-Mitglieder «

Interessierte Institutionen bzw. Einzelpersonen können ein SIT-Abo (2 Ausgaben pro Jahr inkl. Porto) zu sozialarbeiterisch relevanten Themen zum Preis von € 15,- abonnieren.

Weitere Informationen unter www.obds.at
Bestellungen an tirol@obds.at

» Preise für Einschaltungen im SIT «

Ankündigungen von Fortbildungs- und Ausbildungsveranstaltungen sowie Seminaren:

1/1 Seite: € 73,-; 1/2 Seite: € 37,-; 1/4 Seite: € 19,-

Werbeeinschaltung 1/1 Seite: € 146,-
Werbeeinschaltung 1/2 Seite: € 73,-

obds aktuell

ÖSTERREICH.TIROL

von Alois Pölzl, Jorin Massimo Flick

THE TIMES THEY ARE A-CHANGIN' (BOB DYLAN 1964)

Der Berufsverband der Sozialen Arbeit lebt in interessanten Zeiten. Und das ist nicht gut, aber wahr. Die Wahlergebnisse in der Republik Österreich, in vielen Bundesländern und in ganz Europa haben Parteien und Personen an die Entscheidungspositionen gebracht, die wesentliche Veränderungen in der Gesellschaft anstreben. Eine ganze Reihe dieser Veränderungen betreffen die Errungenschaften des Sozialstaats und die soziale Absicherung.

Der Berufsverband der Sozialen Arbeit erlebt seit fast 100 Jahren die Entfaltung des Sozialstaats, der die Menschen in unserer Gesellschaft vor den schlimmsten Auswirkungen der Risiken des Lebens schützen soll. Österreich zählt zu den reichsten Ländern dieser Erde und konnte einen hervorragenden Lebensstandard für Viele erreichen. Als Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen wissen wir, dass trotzdem viele Menschen nicht daran teilhaben können. Und wir waren und sind beauftragt, uns Menschen in schwierigen Lebenssituationen, die in irgendeiner Weise am Rand der Gesellschaft leben, zuzuwenden. Unser Auftrag ist, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern, indem wir Menschen professionelle Hilfe anbieten und gleichzeitig die Mängel in den Strukturen und Abläufen unserer Gesellschaft beseitigen.

NEUE HARTE SOZIALPOLITIK

Die sozialen Sicherungssysteme umfassen die Armutsbekämpfung, die Kinder- und Jugendhilfe, die Arbeitslosenversicherung und in vielfacher Weise das Gesundheitssystem. In allen Bereichen ist nun der „Wandel“ ausgerufen worden. Offenbar hat ein erheblicher Teil der Bevölkerung den Eindruck, diese Systeme seien reformbedürftig und es gäbe dringenden Bedarf zu sparen. Und so ist es der Regierung möglich, den Umbau voranzutreiben. Die Kürzungen in der bedarfsorientierten Mindestsicherung und die geplante Abschaffung der Notstandshilfe beschneiden un-

mittelbar unsere Klient*innen und wir sehen nicht, wo der Nutzen sein soll. Die Argumentation läuft häufig über die behauptete Bedrohung durch jene Menschen, die auf der Flucht zu uns gekommen sind. Sie würden das Sozialsystem überproportional belasten. Bei ruhiger Faktenprüfung gibt es diese Gefahr aber keineswegs. Die Flüchtlingszahlen gehen massiv zurück und die Mehrkosten stehen in keinem Verhältnis zu jenen Kosten, die etwa die Finanzkrise durch das Hypo-Desaster verursacht haben.

Die weiteren Projekte des „Wandels“ wirken sich direkt und indirekt auf unsere Klient*innen aus. Ob die Zusammenlegung der Krankenkassen Leistungen verbessert und Kosten senkt, ist mehr als fraglich. Die geplante Beseitigung der Bundeszuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe gefährdet genau diese Kinder und Jugendlichen, weil die Schutzmechanismen geschwächt werden. Und das Ziel einer gerechten Gesellschaft für Frauen und Männer scheint nicht mehr relevant zu sein. Frauenförderung wird auf Länder- und Bundesebene gekürzt und politisch Verantwortliche wagen es, die Gleichberechtigung zu hinterfragen.

Bob Dylan schilderte in seinem Song „The times they are changin“ die Veränderungen der Studentenrevolution, die zu einer offeneren Gesellschaft führen sollte und die sich gegen Kriege und verkrustete Strukturen richtete. Der „Wandel“ den wir heute erleben, ist nicht von Hoffnung geprägt, sondern baut auf Angst vor Verlust auf und er spaltet die Gesellschaft und ich fürchte, er tut das bewusst.

SOZIALE ARBEIT MITTEN DRIN

Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen stehen mitten drin in diesem Wandel und erleben, wie ihre Klient*innen gegeneinander aufgebracht sind und aufgebracht werden. Menschen mit Migrationshintergrund oder mit einer anderen als einer christlichen Religion werden verdächtigt und wer in armen Verhältnissen lebt wird diffamiert und abgewertet. Neuerdings werden Organisationen, die sich für Menschenwürde und gegen Rassismus engagieren offen

attackiert, Vertreter*innen solcher Organisationen und einzelne Klient*innen mutwillig angezeigt, denn die Anzeigen enden meist rasch mit einer Verfahreinstellung. Die Angriffe auf die Pressefreiheit mehren sich. Und mit all dem gerät die Soziale Arbeit unter Druck. Die Ressourcen für professionelle Arbeit wird an vielen Stellen gekürzt – und dann doch ein bisschen erhöht, womit sich die ehemaligen Kürzer auch noch rühmen wollen. Die Menschen, die wir betreuen verfügen über immer geringere Mittel, ihr Leben würdig zu gestalten und der Arbeitsdruck steigt durch verdichtete Fallzahlen und Ergebnis-Vorgaben.

Viele Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen arbeiten – nicht zufällig – in Organisationen, die sich für eine gerechte und solidarische Entwicklung unserer Gesellschaft einsetzen. Dort ist das Menschen- und Gesellschaftsbild der Sozialen Arbeit im Leitbild wiederzufinden. Andere – reine „Dienstleister“ – bieten faire Dienstverhältnisse, sind aber weniger nach weltanschaulichen Prinzipien ausgerichtet. Dort braucht es schon mehr an Auseinandersetzung mit sich und den Rahmenbedingungen, wenn man*frauen den negativen Aspekten der aktuellen Entwicklungen etwas entgegen halten will. Und nicht wenige Kolleginnen und Kollegen stehen allein auf weiter Flur, wenn sie professionell und umfassend menschenrechtsorientiert mit ihren Klientinnen und Klienten arbeiten wollen.

EIN NETZWERK

Alleine kann sich keine Mitarbeiterin und kein Mitarbeiter aufmachen und laut gegen Ungerechtigkeiten aufstehen – und Klientinnen und Klienten oft noch viel weniger. Sogar Organisationen müssen Rücksicht nehmen auf den Fördergeber und dessen politische Rahmenbedingungen. Widerstand oder auch nur ehrliche Kritik kann da schon beträchtliche finanzielle Einschnitte bringen.

Wenn aber Menschen mit gleichen Interessen zusammenstehen – und zusammenzahlen – kann mehr entstehen. Es kann eine unabhängige Stimme geschaffen werden, die die Anliegen artikuliert und mit den Verantwortungsträger*innen ins Gespräch kommt. Der Berufsverband schafft so ein Netz und seit 99 Jahren gibt es immer wieder Engagierte, die dafür einen finanziellen Beitrag leisten oder sogar darüber hinaus, ihre Zeit und ihr Wissen einsetzen, um für eine professionelle Soziale Arbeit einzutreten und für eine bessere gesellschaftliche Ordnung in Österreich zu kämpfen. Der kleine Stab an Angestellten kann diese Arbeit unterstützen, aber wie wir wissen, sind andere Lobbygruppen viel breiter aufgestellt und andere Berufsgruppen bringen viel höhere Beiträge auf, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Keine Angst, es kommt kein Aufruf für den doppelten Mitgliedsbeitrag – der wäre ja auch immer noch zu gering. Wozu ich immer wieder einlade ist:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nutzt dieses großartige Netzwerk des Berufsverbandes der Sozialen Arbeit. Es ist

aber ein Netzwerk, kein Lieferservice und keine Couch. Wer sich vernetzt muss selber etwas beitragen, dann kann er auch vom Netz gehalten werden. Nutzt die Möglichkeit, aktiv zu werden, Ideen umzusetzen und in einer großen (!) Gemeinschaft etwas miteinander zu bewirken. Es ist höchste Zeit, klar und deutlich zu sagen wofür wir alle in der Sozialen Arbeit stehen und denen, die gegen unsere Visionen arbeiten, Widerstand zu leisten.

SOCIAL WORK PROMOTES SOCIAL CHANGE

Unsere Vision ist eine Gesellschaft, die (alle!) zusammenhält und die sich um ein gutes Leben für alle bemüht. Soziale Arbeit fördert die Selbstbestimmung und Menschenwürde wobei sie alle auffordert und unterstützt, ihren Beitrag zum solidarischen Miteinander zu leisten. Wenn heute der Wind der Veränderung in eine andere Richtung weht, müssen wir nicht aufgeben und unsere Wertvorstellungen begraben. Im Gegenteil, wir wissen, dass gesellschaftlicher Wandel möglich ist. Und wer sagt, dass wir nicht heute beginnen können, den Wandel von morgen vorzubereiten? So jedenfalls verstehe ich die internationale Definition der Sozialen Arbeit (die z.B. auf unserer Homepage www.obds.at nachzulesen ist). Und wir können ja gerne darüber diskutieren und konkrete Schritte vereinbaren, wenn wir uns bei der Landesversammlung in Tirol, Anfang 2019 treffen. Und als Musikfreund würde ich nur zu gerne wissen: Welche Lieder findet unsere Generation und die nächste, um den Wandel zu einer offenen Gesellschaft wieder anzukündigen? (AP)

LANDESPRECHER*INNENKONFERENZ

Am 8. und 9. Juni 2018 fand in Salzburg die erste Landessprecher*innenkonferenz des obds statt. Bei diesem Treffen konnten sich die neun Landessprecher*innen des obds angeregt durch einen Input von Robert Buggler austauschen. Die gemeinsamen Herausforderungen auf berufspolitischer und sozialpolitischer Ebene verbinden uns Landessprecher*innen und durch das Berichten und Analysieren können wir unsere Aufgaben und Vorstellungen besser und gezielter umsetzen.

ZUSAMMENARBEIT MIT SOZIALPÄDAGOGIK

Durch eine vertrauensvolle Arbeitsbeziehung in der Projektgruppe „Etablierung eines gemeinsamen Berufsverbandes der Sozialarbeiter*innen und Sozialpädagog*innen“ können viele Themen und Inhalte besprochen und angeregt werden. Ein Produkt dieser Zusammenarbeit ist aktive Mitgestaltung des obds an der Stamser Jugendvisionen am 25. und 26. Februar 2019 im Institut für Sozialpädagogik mit dem Thema "Wehe, wehe, wenn ich auf die Jugend sehe?!". Dabei soll ein Blick auf den gesellschaftlichen Wandel und seine Herausforderungen in der Arbeit mit Jugendlichen geworfen werden. Anmeldungen bitte per Mail an sozial-

paedagogik.stams@tsn.at. Die Teilnahme an den Vorträgen und Workshops ist kostenlos, die Verpflegung und evtl. Unterkunft ist selbst zu tragen. Ich freue mich auf spannende und interessante Tage in Stams.

HINWEIS AUF DIE TIROLER LANDESVERSAMMLUNG DES OBDS

Noch ein Hinweis in eigener Sache: Im Februar 2019 wird es in Tirol wieder eine Landesversammlung geben, bei der unter anderem die Positionen des Landesprechers oder der Landesprecherin und die Stellvertretung neu gewählt werden. Der genaue Termin und Ort werden noch bekannt gegeben. Ich freue mich auf das zahlreiche Erscheinen der Tiroler obds Mitglieder!

Nähere Infos zu den Aufgaben und Kompetenzen, können beim verabschiedeten Landesprecher*innen-Profil nachgeschaut werden.

Im Sinne der politischen Sozialen Arbeit möchte ich auf die Kundgebung jeden Donnerstag von 18 bis 19 Uhr an der Anna-Säule in Innsbruck hinweisen. Durch Beiträge von Künstler*innen und Redner*innen soll die Idee des gemeinsamen Einstehens für Demokratie, soziale Wärme,

Menschenrechte, respektvolles Miteinander und unsere Zukunft sichtbar und erlebbar werden. Mehr Infos unter der Webadresse www.do-tirol.at.

Ich wünsche euch im Namen des gesamten obds Teams Tirol eine schöne Winterzeit mit Geborgenheit und Genuss und einen feinen Start in das Jahr 2019. (JMF)

DSA Mag. Alois Pölzl

Vorsitzender des Österreichischen Berufsverbands der Sozialen Arbeit (obds), Berufserfahrung in mehreren Bundesländern als Pastoralassistent, Bewährungshelfer, Geschäftsführer bei Freien Jugendwohlfahrtsträgern. Leiter Case Management für BMS-Bezieher*innen.

Jorin Massimo Flick, BA

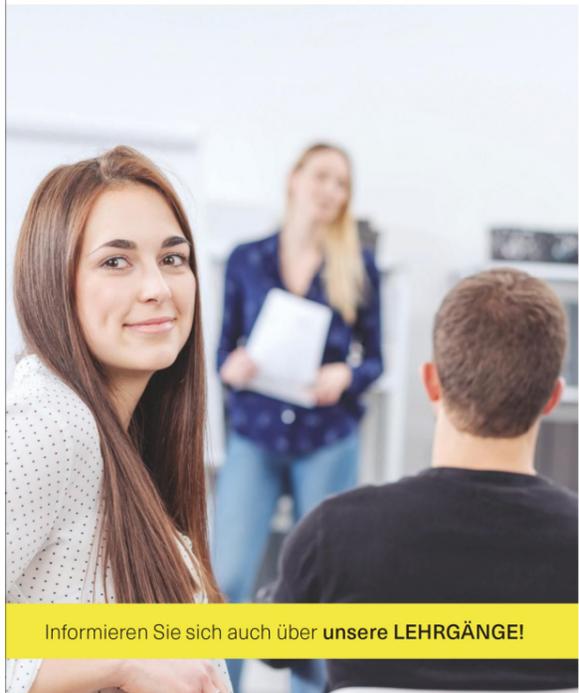
Landessprecher OBDS Bundesland Tirol
Vorstandsmitglied des OBDS



PSP BILDUNG
WIR SCHAFFEN KOMPETENZ.

Erste Hilfe – Auffrischung
Roland Wegscheider, MSc
[FR, 18.01.2019, 9 – 17 UHR](#)

JANUAR - JUNI 2019



Motivierende Gesprächsführung im sozialpsychiatrischen Arbeitsfeld
Dr. Peter Koler und Dr. Wolfgang Hainz
[FR, 01.02. & SA, 02.02.2019, 9 – 17 UHR](#)

Erwachsenenschutzgesetz – Grundlagen und Erfahrungberichte aus der Praxis
Dr. Josef G. Mayr
[MI, 13.02.2019, 17 – 20 UHR](#)

Borderline erkennen und verstehen
Mag. Tessa Zeiss
[FR, 12.04.2019, 14 – 18 UHR](#)

Körperorientiertes Arbeiten – die Physis als Anker und Botschafter der Psyche
Oliver Grundböck
[FR, 10.05.2019, 14 – 18 UHR](#)

Ganzheitliche Medizin und Salutogenese in der psychiatrischen Praxis
Dr. Jens Tönnemann und Dr. Philipp Fuchs
[FR, 28.06.2019, 14 – 18 UHR](#)

Anmeldung auf www.psp-bildung.org oder Schmiedtorgasse 5/II, A-6060 Hall in Tirol

SOZIAL

DAS BRINGT ALLEN WAS: ÜBER DEN TELLERRAND SCHAUEN.

Mit der aktuellen Ausgabe erhalten erstmals auch obds-Mitglieder, die in Salzburg arbeiten oder wohnen, die Zeitschrift SIT. Zusätzlich zum online-Newsletter, entwickeln wir damit die Kommunikationslinien zu unseren Mitgliedern stetig weiter.

DSA Paul Weidinger, Landessprecher obds Salzburg

SOZIALE ARBEIT. MACHT. MUT MENSCHENRECHTE LEBEN!

Alle zwei Jahre veranstaltet der obds eine Bundestagung durch die Bundesländer und deren obds-Landeteams rotierend. Im November 2018 fand diese in der Steiermark statt. Neben interessanten Vorträgen von Univ. Prof. Dr. Wolfgang Benedek vom Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie der Uni Graz zum Thema „Herausforderungen für den Menschenrechtsschutz 70 Jahre nach der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ und von Prof.in Dr.in Ruth Großmaß von der Alice Salomon Hochschule Berlin zum Thema „Ethik als Ressource in der Praxis professioneller Sozialer Arbeit“ wurde viel diskutiert, an Themen gearbeitet und genetzt.

Die nächste Ausgabe der SIO - Fachzeitschrift für Soziale

Arbeit wird sich zur Gänze der Aufarbeitung der Bundestagung im schönen Schloss Seggau widmen.

Mehr Informationen auf unserer Website www.obds.at

MENSCHEN WERDEN AUS DEM KRANKENHAUS ABGEHOLT, UM ABGESCHOBEN ZU WERDEN!

Die Sozialarbeiter*innen in Österreich wehren sich gegen Aufträge durch die Fremdenpolizei, an der Vorbereitung von Abschiebungen mit zu wirken.

Die Bundestagung des Berufsverbands der Sozialen Arbeit spricht sich vehement gegen das am 1.9.2018 in Kraft getretene Fremdenpolizeigesetz aus, insbesondere den § 46 (7) FPG. Dieser Paragraf widerspricht den ethischen Grundsätzen der Sozialen Arbeit.

Menschenrechte sind der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession ein besonderes Anliegen. Daher reagiert die Profession und der Berufsverband der Sozialen Arbeit obds mit Protest gegen die kürzliche Veränderung des Fremdenpolizeigesetzes.

Die Teilnehmer*innen der Bundestagung „Soziale Arbeit. Macht. Mut! Menschenrechte leben!“ und der Vorstand des obds halten fest:

- Krankenanstalten können nicht Teil fremdenpolizeilicher Maßnahmen sein
- Mitarbeiter*innen der Krankenanstalten sind keine ausführenden Organe fremdenpolizeilicher Maßnahmen und dürfen nicht als solche missbraucht werden
- Keinesfalls darf sich die Fremdenpolizei unmittelbar an Mitarbeiter*innen in Krankenanstalten wenden und diese zur Mitwirkung an Abschiebungen beauftragen
- Sozialarbeiter*innen unterliegen in ihrer Berufsausübung den ethischen Richtlinien der Profession, die im internationalen Ethikkodex niedergelegt sind und unethische Arbeitsaufträge verbieten
- Sozialarbeiter*innen unterliegen in der Arbeit mit Klient*innen der Verschwiegenheitspflicht, insbesondere Sozialarbeiter*innen, die in psychiatrischen Anstalten arbeiten

In mehreren Stellungnahmen zum neuen Fremdenpolizeigesetz hat sich die Ärzteschaft und die Agenda Asyl gegen diese Gesetzesänderung ausgesprochen, da § 46 (7) gegen die Verschwiegenheitspflicht generell und insbesondere gegen die ärztliche Schweigepflicht verstößt. Menschen, die in Krankenanstalten behandelt werden, dürfen nicht zusätzlichen Belastungen unterworfen werden, die den Heilungsprozess gefährden könnten, besonders wenn eine gesundheitliche Krise durch die Androhung einer bevorstehenden Abschiebung hervorgerufen wurde.

Unterzeichnet vom Vorstand des obds und Teilnehmer*innen der Bundestagung (Seggau, Stmk. 13.11.2018).

VERANSTALTUNGEN

STAMSER JUGENDVISIONEN

25. - 26. Feber 2019

"Wehe, wehe, wenn ich auf die Jugend sehe!!"

Gesellschaftlicher Wandel und seine Herausforderungen in der Arbeit mit Jugendlichen.

Eine Kooperationsveranstaltung vom Land Tirol, Abteilung Gesellschaft und Arbeit, dem Institut für Sozialpädagogik Stams und dem obds - Bundesland Tirol.

Nähere Infos unter: www.tirol.gv.at/jugendvisionen

IFSW EUROPAKONFERENZ

8. bis 11. September 2019 in Wien

Social Protection & Human Dignity

Social work strengthening relationships at the heart of thriving, healthy and peaceful communities: respecting human rights, safeguarding wellbeing, increasing participation, protecting the environment.

IFSW-Europe und der obds laden zur nächsten Konferenz der europäischen Berufsverbände nach Wien ein! Die Vorbereitungen sind im Gange und der „Call for Abstracts“ läuft bereits. Ermäßigte Gebühren gibt es für Frühbucher*innen, Studierende und selbstverständlich obds-Mitglieder!

Nähere Infos unter: www.ifsw2019.com

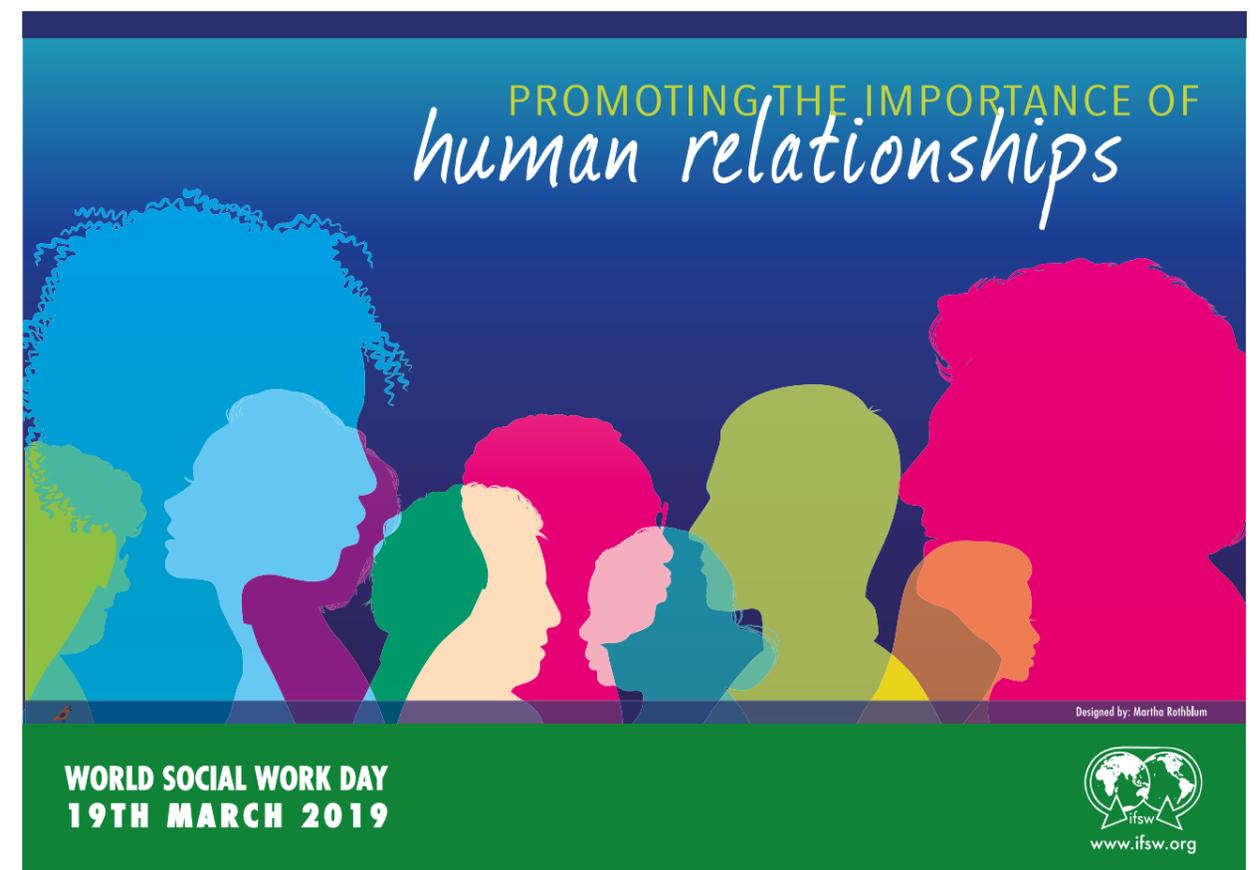
DIE ZEIT IST REIF.

Gestalten wir gemeinsam eine solidarische Gesellschaft! Werde noch heute Mitglied, egal ob als Privatperson oder als Einrichtung mit einer Fördermitgliedschaft.

Mehr Informationen auf www.obds.at.

In Zeiten wie diesen, wo politisch ein rauer Wind weht, ist es wichtig gemeinsam einzustehen für die Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt!

Ein starker Berufsverband der Sozialen Arbeit braucht Mitglieder, er braucht dich!



Designed by: Martha Rothkum



» EINE NEO-SOZIALE ARBEIT «

aktivierend, digital und ein bisschen national!?!?

von Josefina Egg

Sozialarbeit befasst sich immer mit gesellschaftlichen Notständen und arbeitet an den Grenzmarkierungen der Exklusionsmechanismen. Das bedeutet, dass der Gegenstand auf den sich Sozialarbeit bezieht oder zu beziehen hat, nicht per se gegeben ist, sondern im Wesentlichen gesellschaftlich ausverhandelt wird. Dabei spielen die Funktionsweisen von Diskursen eine maßgebliche Rolle: Wer darf wann und wo etwas sagen? Was wird politisch und medial wie thematisiert und wovon grenzt man sich ab? Sind diese Grenzziehungen ausverhandelt oder verschoben worden, muss der Rahmen – in diesem Fall für die Sozialarbeit der Sozialstaat – neu justiert und angepasst werden?

In diesem Artikel wird also der Frage nachgegangen, wie sich die Rahmenbedingungen der Sozialarbeit in der jüngsten Zeit verändert haben bzw. welche Tendenzen festzustellen sind. Das Interesse besteht dabei – wie der Titel dieser Ausgabe schon verrät – vor allem an der aktuellen Regierungskoalition, deren politisches Handeln sowie daran gekoppelte gesellschaftliche Prozesse. Im Grunde werden dabei drei große Einflussfaktoren Beachtung finden: der aktivierende Sozialstaat, die Digitalisierung und nationalistische Bewegungen bei gleichzeitiger Externalisierung von Risiken. Diese Aufgabe ist insofern nicht sehr einfach, da

sie eine Zeitdiagnose erfordert und vielleicht sogar einen spekulativen Ausblick bieten soll und sich dabei natürlich unwillkürlich der Gefahr aussetzt, durch realpolitische Fakten widerlegt zu werden. Es wird daher versucht werden, die erste ÖVP-FPÖ-Koalition mit der jetzigen zu vergleichen, da Österreich bereits zwischen 2000 und 2006 von einer ähnlichen Koalition regiert wurde. Zur Erinnerung: Auch damals hatten wir es mit einer – der österreichischen Schule der Nationalökonomie folgenden – neoliberalen ÖVP zu tun, die durch Wolfgang Schüssel geführt wurde und einer FPÖ, die primär versuchte ihre (Anti-)Migrationspolitik durchzusetzen. Die medial transportierten Themen waren, etwas zugespitzt, sehr ähnlich: Man könne sich den Sozialstaat nicht mehr leisten. Die starke Staatsverschuldung erfordere eine strenge Budgetkonsolidierung. Migranten – meist tatsächlich nur auf Männer bezogen – seien potenziell gefährlich, kriminell und wahrscheinlich Sozialbetrüger obendrein.¹

„MEHR PRIVAT – WENIGER STAAT“

Eine politische Gegenstrategie bestand in einer Verstärkung durch „Law&Order“, Fremdenrechts- und Asylgesetzesnovellierungen, sowie einer „kosmetischen Budgetpolitik“.

Diese Budgetpolitik² bestand hauptsächlich in einer massiven Privatisierungswelle von Staatsbetrieben, um das so genannte „Nulldefizit“ zu erreichen, was sich jedoch als wenig nachhaltig herausgestellt hat. Dem vermeintlich allzu ausufernden Sozialstaat rückte man damals mit einer Pensionsreform zu Leibe, da steigende Altenquoten die Vermutung aufkommen ließ, dass der Generationenvertrag eventuell zu kippen drohte. Die Altenquote bezeichnet das Verhältnis von Menschen über 65 im Verhältnis zur Erwerbsbevölkerung und liegt derzeit bei etwa 1:4. Im Jahr 2035 schätzt die Statistik Austria das Verhältnis auf rund 1:2 ein, was natürlich bedeutet, dass weniger Geld auf mehr Pensionsempfänger*innen aufgeteilt werden wird. Man hatte damals versucht ein Drei-Säulen-System zu etablieren, das aus staatlicher, betrieblicher und privater Vorsorge bestehen hätte sollen, jedoch bis heute nicht wirklich umgesetzt wurde.³ Generell zog sich also das Kredo „mehr Privat – weniger Staat“ konsequent durch das Regierungsprogramm. Zudem wurde die individuelle Selbstverantwortung der Einzelnen herausgestrichen und man verabschiedete sich endgültig vom Versorgungsstaat – ein Transformationsprozess, der genau genommen bereits in den 1980er Jahren begonnen hatte.⁴

Ein Bekenntnis zum „schlanken Staat“ findet sich auch im aktuellen Regierungsprogramm. Dies liegt vor allem daran, dass es sich hierbei nicht um einen rein national eingeschlagenen Kurs handelt, sondern um ein innereuropäisches gemeinsames Vorgehen seit der Lisbon-Strategie aus dem Jahr 2000, die es sich zum Ziel machte:

„die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“⁵

DER „SCHLANKE“ STAAT

Damit wird Österreich durch die Standortpolitik vereinnahmt und soll vor allem ein attraktiver Wirtschafts- und Wettbewerbsstandort sein. Dabei folgte man bereits unter Wolfgang Schüssel, und nun auch unter Sebastian Kurz, klar der österreichischen Schule der Nationalökonomie, die in diesem Fall vorschlägt, einen Wettbewerb künstlich zu erzeugen. Denn der Wettbewerb sei nicht nur der Motor allen Wirtschaftshandels, sondern auch wesentlich für das Humankapital, das durch mehr Wettbewerb geradezu beflügelt werde. Der Staat solle möglichst „schlank“ sein, wobei unter einem schlanken Staat keinesfalls ein schwacher Staat zu verstehen ist, sondern viel eher eine Verantwortungsübertragung vom Kollektiv auf das Individuum bei gleichzeitig harten Sanktionen im Fall von Abweichungen. Dies bedeutet, dass soziale Risiken nicht einfach per se

abgefangen werden, sondern jede*r sich individuell (bspw. durch Versicherungsleistungen und Privatvorsorge oder Besitz) darum zu kümmern haben wird. Für den Sozialstaat bedeutet dies eine Verstärkung von beitragsorientierten Leistungen und wesentlich geringere Umverteilung, da diese dem Wettbewerb schaden würde und unterschiedliche Kapitalausstattungen gewollt sind.

Durch diesen, teilweise künstlich erzeugten, Wettbewerb (z.B. durch eine Erweiterung der Zumutbarkeit von Erwerbsarbeit) werden Arbeitnehmer*innen alle zu Unternehmer*innen ihrer selbst⁶, haben aktiv ihr Leben zu gestalten (z.B. durch lebenslanges Lernen) und tragen auch die Verantwortung und zunehmend das Risiko (bspw. für Arbeitslosigkeit, Alter usw.). Was sich abzeichnet ist jedenfalls eine orthodox-neoliberale Auslegung sozialer Sicherung, die schlichtweg mehr Freiheit für alle bedeuten würde – Freiheit von Zwängen, Restriktionen und Anforderungen auf der einen Seite und Sozialer Sicherung auf der anderen Seite.⁷ Den Individuen wird die Schuld für ihr eigenes Scheitern ihres unternehmerischen Lebensprojektes zugestanden, jedoch das individuelle Freiheitsversprechen nicht eingelöst. Ganz im Gegenteil: Wer scheitert wird diszipliniert und zwar im Sinne der Gemeinschaft.

Dies bedingt auch eine neue soziale Differenzkategorie: Leistungsfähig, aktiv und nützlich für die Gesellschaft auf der einen Seite und unnützlich, selbstverschuldet und passiv auf der anderen Seite. Dieser Umbruch ist die erste Grenzmarkierung der veränderten Rahmenbedingung der Sozialarbeit. Hier wird sich auch die Frage stellen, wie es der Sozialarbeit gelingt, sich selbst zwischen Aktivierung und Disziplinierung auf der einen Seite und Empowerment sowie kritischer Parteilichkeit auf der anderen Seite zu positionieren. Es wird sich aber auch herausstellen, ob es der Sozialarbeit gelingt, gewisse Errungenschaften und Rechtsansprüche zu erhalten oder sogar durchzusetzen.

DER AKTIVIERENDE SOZIALSTAAT

Es wird auch das Ziel eines klassischen wohlfahrtsstaatlichen Programms (welfare) mit einem bedingungslosen Teilhabeverprechen hin zu einer aktivierenden Sozialpolitik (workfare) umgedeutet, deren Zielsetzung primär die aktive Teilnahme am Erwerbsleben ist.⁸ Diese aktive Teilnahme ist an ein neosoziales Projekt geknüpft. Im „klassischen“, korporatistisch organisierten Wohlfahrtsstaat, der seine Hochphase in Österreich wohl in der Kreisky-Ära hatte, stand die Absicherung und Versorgung derer im Zentrum, die im Wesentlichen von der Produktionsweise und damit vom Erwerbsleben ausgeschlossen waren. Im aktivierenden Sozialstaat hat sich jedoch das Subjekt verschoben: nicht der*die Einzelne sondern die gesellschaftliche Gemeinschaft ist vor Risiken zu schützen.⁹ Dies ist insofern bedeutend, als sich die Legitimität für den Anspruch auf

soziale Leistungen nach dem zu erwarteten Vorteil für die Gemeinschaft bemisst und nicht nach der Versorgungsbedürftigkeit Einzelner.

Diese allgemeine Tendenz lässt sich beispielsweise an der Diskussion um die Abschaffung der Notstandshilfe ablesen, die im Wesentlichen eine Verschärfung des Subsidiaritätsprinzips darstellt. Aber auch die Erzeugung von Wettbewerb, insbesondere am Arbeitsmarkt gelingt umso besser, je mehr die Sozialpartnerschaft geschwächt wird – ein Kurs der bereits unter Wolfgang Schüssel zu beobachten war und jüngst durch eine „speed kills“-Strategie (Gesetze ohne oder mit minimalem Begutachtungszeitraum schnell durchzusetzen) fortgesetzt wird. Insbesondere bei der Gesetzesnovelle zum „12-Stunden Tag“ wurden die Einwände der Arbeitnehmer*innenvertretungen systematisch ignoriert¹⁰, aber auch zuvor hatte die FPÖ die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern gefordert. Die Schwächung der Sozialpartnerschaft betrifft jedoch hauptsächlich Arbeitnehmer*innenvertretungen und nicht etwa die Wirtschaftskammer oder die Industriellenvereinigung. Damit wird auch die Balance der Sozialpartnerschaft gestört, mit dem Effekt, dass Arbeitnehmer*innen zunehmend an Rechten verlieren, jedoch für die Wirtschaft besser verwertbar werden.

ZUNEHMENDE DIGITALISIERUNG – ALGORITHMEN

Interessant wird die Art der Kalkulation der Nützlichkeit bzw. Verwertbarkeit des Humankapitals vor allem im Zusammenhang mit der zunehmenden Digitalisierung – Stichwort: Algorithmen. Werden wir in Zukunft die Daten unserer Klientel durch ein Computerprogramm jagen um festzustellen, ob und wenn ja, in welchem Ausmaß sozialarbeiterische Angebote gesetzt werden dürfen? Bereits jetzt ist ein neuer Algorithmus in aller Munde, der die Wahrscheinlichkeit einer beruflichen Reintegration für das AMS

abschätzen soll. Dass es hierbei zu einer Reproduktion von gesellschaftlichen Normvorstellungen und Diskriminierungen kommt, wird durch die vermeintliche Objektivität des Programmes geschickt ausgeblendet. Denn wer wenig Chancen am Arbeitsmarkt hat, wird auch weniger gefördert werden bspw. Alte, Frauen und Migrant*innen. Im Übrigen wäre es durchaus denkbar gewesen abseits der herrschenden Kosten-Nutzen-Kalkulationen festzustellen, wer besonders benachteiligt am Arbeitsmarkt ist und daher auch mehr Anspruch auf Unterstützung haben sollte.

Sowohl die Digitalisierung als auch die rasanten Entwicklungen in diesem Bereich stellen die Sozialarbeit vor eine Reihe weiterer Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf neue Formen der Sozietät und damit verbundene Problemkonstellationen. Man denke hier an Phänomene wie Cybermobbing, soziale Echokammern, aber auch neu entfachte und anders geführte Debatten wie #metoo oder #metwo. Wie kann die Sozialarbeit im Sinne des Triple-Mandates darauf reagieren? Und wie kann sie sich vor allem innerhalb von Debatten positionieren, die NGOs zunehmend in Verruf bringen und berechtigte Befürchtungen einer professionsethischen Analyse der hier beschriebenen Entwicklungen als Hirngespinnste von Gutmenschen diskreditiert? Oder auch die Einführung der DSGVO, die einerseits den Schutz der Privatsphäre unserer Angebotsnutzenden gewährleistet und andererseits die Kooperation zwischen mehreren Institutionen und Akteur*innen des Hilfesystems enorm verkompliziert.

DAS ENDE LIBERALER DEMOKRATIEN

Die nächste große Veränderung – und hier müssen wir von Veränderungen in globalen Ausmaßen sprechen – könnte tatsächlich das Ende der liberalen Demokratien bedeuten. Autoritäre Kräfte scheinen sich, angefangen von Südamerika (v.a. Venezuela und Brasilien) über die USA aber auch

in Europa wie etwa durch die Visegrád-Gruppe, durchzusetzen. Eine Deutungsvariante dafür bietet das Konzept der Externalisierungsgesellschaft. Im Rahmen eines globalisierten, flexiblen Kapitalismus ist es offenbar gelungen, bis zu einem gewissen Grad Risiken auszulagern, vor allem jene, die mit ökologischer oder sozialer Ausbeutung zusammenhängen. Gerade der Klimawandel, Monokulturen, die Produktion der modernen Informationstechnologie werden zu einem Anstieg von Klima- und Wirtschaftsflüchtlingen führen, gegen die sich die Profiteure der Externalisierungsgesellschaft abschotten. Dies mag auch die logische Konsequenz von einer neoliberalen, globalen, politischen Ökonomie sein, in der jede Nation für sich den Kampf um den besten Wettbewerbsstandort zu gewinnen versucht.¹¹

Abschließend will ich dieser – je nach Standpunkt – eher pessimistischen Analyse aber noch einige Hinweise auf mögliche Potenziale für die Sozialarbeit anschließen. Zunächst erscheint mir das neosoziale Projekt bei weitem nicht so fest verankert wie vor allem die Regierung das gerne hätte und es sollten daher breite Interessensbündnisse bspw. mit der Arbeitnehmer*innenvertretung geschlossen werden. Weiters kann es durchaus Sinn machen, trotz viel gerechtfertigter Kritik an einem „neosozialen“ Projekt, Projekte über einen nachhaltigen Nutzen für die Gesellschaft

zu legitimieren (bspw. Präventionsprojekte für Kinder- und Jugendliche). So könnte es auch der Sozialarbeit gelingen, aus einer rein reaktiven Rolle (also dann, wenn das soziale Problem schon besteht bspw. im Fall von Armut, Delinquenz, Sucht etc.) in eine gestaltende und präventive Rolle zu schlüpfen. In Hinblick auf die Digitalisierung bedarf es wohl noch einiger sozialwissenschaftlicher Forschung, insbesondere für die Sozialarbeit selbst als auch in Bezug auf ihre Methodenkompetenzen. Zudem wird die Sozialarbeit die Position für einen Sozialstaat ergreifen müssen, der weder eine Elendsverwaltung noch eine Disziplinierungsmaschinerie darstellt und den ethischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen moderner Sozialarbeit entspricht.

DSA Josefina Egg, MA | j.egg@mci4me.at

arbeitete 9 Jahre als Sozialarbeiterin in der Wohnungslosenhilfe und unterrichtet am MCI Studiengang Soziale Arbeit Soziologie und Theorien der Sozialarbeit. Sie ist ehrenamtlich bei den Termiten-Plattform kritische Sozialarbeit in Tirol engagiert.

QUELLEN

¹ vgl. Fassmann, Heinz: Migrations- und Integrationspolitik, in: Kriechbaumer, Robert (Hrsg.); Schausberger, Franz (Hrsg.): Umstrittene Wende Österreich 2000-2006, Wien: Böhlau 2013. S. 695–712.

² vgl. Dirninger, Christian: Mehr Markt und weniger Staat. Die ordnungspolitische „Wende“ in der Wirtschafts- und Finanzpolitik in einer längerfristigen Perspektive, in: Kriechbaumer et al. 2013 S. 211–270.

³ vgl. Tälös, Emmerich: Vom Siegeszug zum Rückzug: Sozialstaat Österreich 1945-2005, Innsbruck: Studien 2005.

⁴ vgl. Steiner, Guenther: Sozialpolitik der Regierung Schüssel, in: Kriechbaumer et al. 2013 S. 271–298.

⁵ Europäischer Rat Lissabon 23.-24.03.2000: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm (abgerufen am 25.10.2018).

⁶ vgl. Bröckling, Ulrich: Das unternehmerische Selbst: Soziologie

einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M.: Suhrkamp. 2007

⁷ vgl. Foucault, Michel: Die Geburt der Biopolitik. 5. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp 2017

⁸ vgl. Griefsmeier, Nicolas: Der disziplinierende Staat: Eine kritische Auseinandersetzung mit Sanktionen bei Arbeitslosengeld II-Empfängern aus der Sicht der Sozialen Arbeit und der Menschenrechte. Grünwald: Kleine 2012.

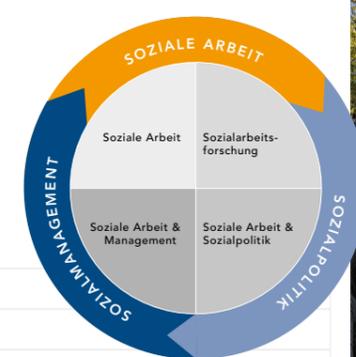
⁹ vgl. Lessenich, Stephan: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: Transkript 2013.

¹⁰ vgl. ÖGB <https://www.neinzum12studententag.at/wp-content/uploads/2018/07/Einsch%C3%A4tzung-Gesetz-Langfassung.pdf> (abgerufen am 31.10.2018)

¹¹ vgl. Lessenich, Stephan: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München: Hanser Berlin 2016.

MASTERSTUDIENGANG

**soziale arbeit,
sozialpolitik & -management.**




Abschluss Master of Arts in Social Sciences / MA bzw. M.A.

Zeitmodell 4 Semester, Vollzeit

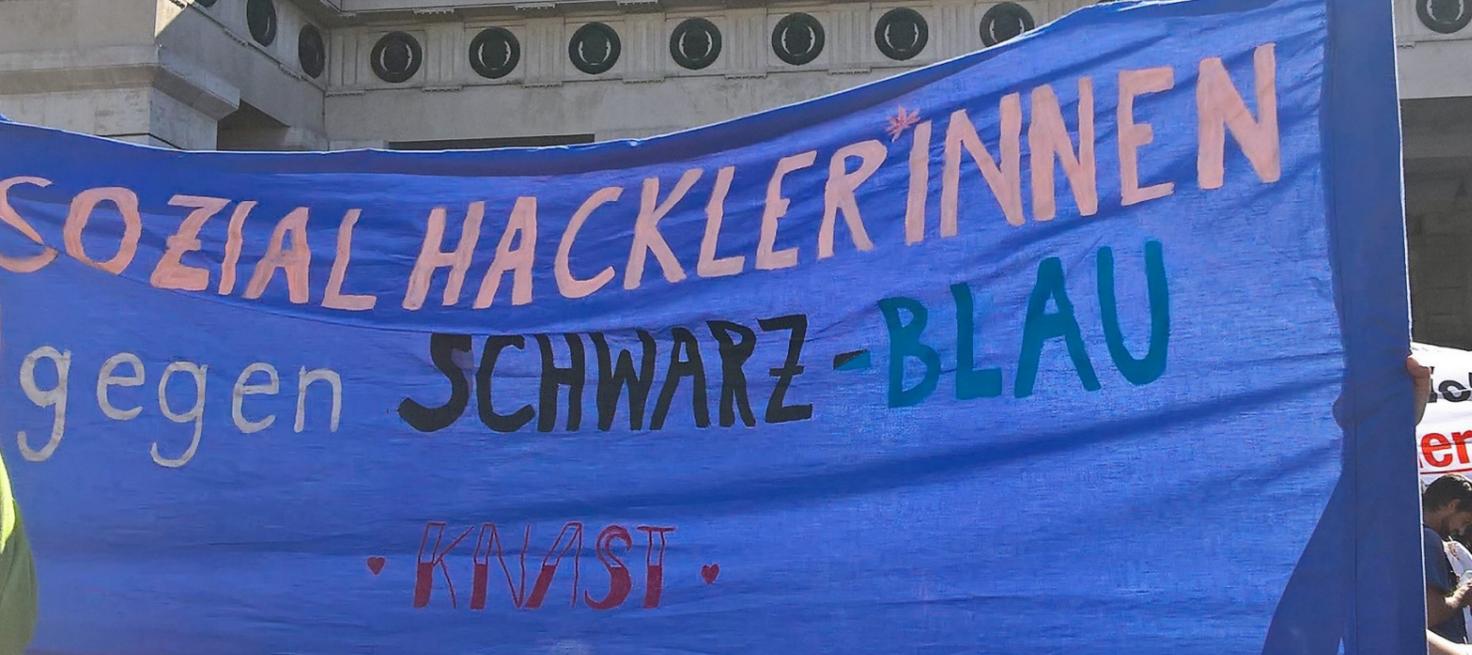
Internationales Semester im 3. Semester, an Partnerhochschule oder am MCI

Zugangsvoraussetzungen
Absolventen/-innen einschlägiger Bachelor- oder Diplomstudiengänge, Absolventen/-innen der 3-jährigen ehemaligen Akademien für Sozialarbeit und der Pädagogischen Akademien; der 2-jährigen Akademien mit zusätzlicher facheinschlägiger Weiterbildung an anerkannten postsekundären Bildungseinrichtungen (mind. 2 Semester) oder sonstiger mind. 6-semestriger Hochschulstudien mit sozialarbeits- und sozialwissenschaftlichem Bezug (mindestens 90 ECTS)

Berufsfeld
Absolventen/-innen sind regional, national und international tätige Spezialisten/-innen zur Analyse und Lösung von gesellschaftlichen Problemen in Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Politikberatung sowie in Führungsfunktionen im sozialen Sektor. Das Studium befähigt Absolventen/-innen Methoden und Techniken der Sozialen Arbeit praktisch anzuwenden, im Rahmen der Sozialarbeitsforschung neue Erkenntnisse über soziale Probleme zu erlangen, wohlfahrtsstaatliche Aspekte zu berücksichtigen, sozialpolitische Interventionen zu planen und soziale Einrichtungen professionell und effizient zu führen.

MCI MANAGEMENT CENTER INNSBRUCK – DIE UNTERNEHMERISCHE HOCHSCHULE®
6020 Innsbruck / Austria, Universitätsstraße 15, +43 512 2070, office@mci.edu, www.mci.edu/master-soziale-arbeit-sozialpolitik-management





» NACH DEM KONGRESS IST VOR DEM WIDERSTAND «

Ein Bericht vom KNAST-Kongress „Soziale Arbeit unter Schwarz-Blau – Wir wollen keine Mittäter*innen sein“

von Lucia Palas, Aurelia Sagmeister

Am 21. und 22. September 2018 fanden sich circa 200 Sozialarbeitende, Interessierte, Klient*innen der Sozialen Arbeit und Studierende unter dem Thema „Soziale Arbeit unter Schwarz-Blau – Wir wollen keine Mittäter*innen sein“ an der FH Campus Wien zu einem Kongress zusammen. Der Kongress wurde von KNAST, dem Kritischen Netzwerk Aktivistischer Sozialer Arbeit, konzeptioniert und organisiert. In diesem Artikel wollen zwei Mit-Initiatorinnen von den Inhalten des Kongresses sowie der Motivation für dessen Ins-Leben-Rufen berichten und Ideen teilen, wie im Sozialbereich Widerstand gegen inhumane Politiken geleistet werden kann.

WOZU EINEN KONGRESS MACHEN?

Seit den Nationalratswahlen 2017 zeichnet sich in Österreich immer deutlicher ein Trend weg vom Sozialstaat und hin zu Abbau von Sozialleistungen sowie Verengung der anspruchsberechtigten Personengruppen ab. Soziale Arbeit agiert hier oft am Schnittpunkt zwischen gekürzten Leistungen und Bedarf bei Betroffenen. Menschen, die im Sozialbereich tätig sind, bekommen die Auswirkungen von Kürzungen in der Mindestsicherung, Verschärfungen im Asylrecht oder stärkeren Zugangsbarrieren zu leistbarem Wohnraum etc. unmittelbar in ihren Möglichkeiten

ihre Klient*innen zu unterstützen mit. Sozialabbau bedeutet auch Einschränkungen in den Handlungsmöglichkeiten von Sozialarbeitenden.

Auch verstärkte Kontrolle und Überwachung von Leistungsempfänger*innen wird im Sozialbereich sichtbar. Informationsweitergabe an Dritte, unhinterfragtes Auftrags erfüllen und vorauseilender Gehorsam sind Verhaltensmuster, die häufig im Sozialbereich anzutreffen sind. Gerade wenn sich die Rahmenbedingungen, unter denen Soziale Arbeit stattfindet und die Aufträge an Sozialarbeitende mehr zu einer Kontroll- und Überwachungsfunktion entwickeln, muss das kritisch hinterfragt werden.

Der Kongress setzte genau hier an. Verschiedene Personen, Gruppierungen und Organisationen mit Bezug zu Sozialer Arbeit gestalteten Beiträge zum Thema und trugen ihre Ideen zum kritischen Umgang mit der eigenen Funktion sowie zum Widerstand gegen das Mittragen von inhumanen politischen Entscheidungen zusammen.

WER ODER WAS IST KNAST?

Das Kritische Netzwerk Aktivistischer Sozialer Arbeit (KNAST) hat sich 2014 aus Studierenden der Sozialen Ar-

beit an der FH Campus Wien gegründet. Das Fehlen von tiefgründigen kritischen Diskussionen um die Rolle Sozialer Arbeit im Studium sowie das unbezahlte 15-wöchige Pflichtpraktikum waren ausschlaggebend für die Gründung des Netzwerks. Inzwischen hat sich die Zusammensetzung des Netzwerks dahingehend verändert, dass nun neben Studierenden vorwiegend berufstätige Sozialarbeitende aktiv sind.

KNAST versteht sich als unabhängige Basisgruppe, die sich mit aktuellen Themen der Sozialen Arbeit auseinandersetzt. Eine antirassistische, antikapitalistische, feministische und solidarische (mit den Klient*innen Sozialer Arbeit) Grundhaltung prägt unser Verständnis von Sozialer Arbeit.

WIE WAR DER KONGRESS?

Über eineinhalb Tage wurden aktuelle Themen der Sozialen Arbeit unter Schwarz-Blau sowie mögliche Widerstandsformen diskutiert. Unter anderem gab es Beiträge vom Tiroler Sozialarbeits-Netzwerk Resilienz, von der Wiener Straßenzeitung Augustin sowie von der Studienvertretung der Alice Salomon Hochschule für Soziale Arbeit in Berlin. Um einige Beiträge zu nennen. Insgesamt zehn unterschiedliche Beiträge wurden auf dem Kongress präsentiert und diskutiert. Die Teilnehmer*innen waren vorwiegend im Sozialbereich tätig, Studierende der Sozialen Arbeit oder auch (ehemalige und aktuelle) Klient*innen der Sozialen Arbeit. Die Vortragenden waren zugleich Mitdiskutant*innen.

Nach den einzelnen Beiträgen in Kleingruppen, wurde im Plenum über die Beiträge und entstandenen Diskussionen berichtet und gesammelt, welche großen Themen und gesellschaftlichen Problemlagen sich dabei herauskristallisierten. Der Schwerpunkt lag dabei darauf, wie Soziale Arbeit vernetzt, kritisch und widerständig handeln kann. Den Abschluss bildete eine gemeinsame Ideensammlung wie man Vernetzung, Widerstand und lautstarke Stellungnahmen zur aktuellen Politik im Sozialbereich umsetzen kann. Zu diesen Ideen zählten eine Vernetzungsplattform für ganz Österreich, um Aktionen und Streiks koordinieren und organisieren zu können sowie konkrete Widerstandsformen wie Arbeits-Streiks im Sozialbereich.

WAS PASSIERT HIER GERADE?

Der Kongress fand in einem politischen Kontext statt, der überhaupt erst eine derart große Teilnahme in einem für gewöhnlich weniger aktivistischen Berufsfeld ermöglichte. Wir befinden uns in einer Periode großer gesellschaftlicher Umbrüche und können – spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 – beobachten, dass rechte und autoritär ausgerichtete politische Kräfte dazugewinnen, während linke Parteien und Ideen kaum breite Teile der Gesellschaft erreichen. Durch Privatisierungen und große Bi- und Multilaterale

Handelsabkommen verlieren Staaten an sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten – eine Tendenz die sich auch im Sozialstaat Österreich in den letzten Jahren verstärkt beobachten lässt.

Spätestens seit der schwarz-blauen Regierung lässt sich – wie auch in anderen Staaten, die von rechten und rechts-konservativen Parteien regiert werden – eine Entwicklung verzeichnen, die kaum mehr von einer Schwächung des Sozialstaates, sondern eher von einer Zerschlagung eben dessen sprechen lässt.

Die Kombination aus rechten Parteien, wie der FPÖ und konservativen, allerdings wirtschaftlich klar neoliberalen Kräften, wie der „neuen“ Volkspartei führt zu verstärkten Angriffen auf den Sozialstaat und zunehmend auch die Demokratien. Ähnliche Phänomene lassen sich weltweit beobachten.

Ein Jahr schwarz-blaue Regierung in Österreich lässt erkennen, dass Verschlechterungen rasanter vorangehen und der Widerstand schwächer ausfällt, als es unter der ersten schwarz-blauen Regierung der Fall war. Außerdem gibt es anders als 2000 keinen internationalen Widerstand, sondern im Gegenteil, eine Verbündung rechter Kräfte, die besonders auch in der EU sichtbar wird. Deren Politik charakterisiert sich auf der einen Seite durch eine Geschlossenheit nach außen und autoritäre Tendenzen, die sich in einem verstärkten Rüsten nach innen und außen sowie durch rassistische Ausgrenzungen zeigen. Auf der anderen Seite gibt es wirtschaftsliberale Tendenzen, die sich durch geringere Steuern und Auflagen für Konzerne sowie den Abbau des Sozialstaates äußern.

„Law and Order“ werden elementare Komponenten, und während es zu Ausgrenzung und Entrechtung von armutsbetroffenen Personen kommt, die zum Beispiel durch eine Verbotspolitik aus öffentlichen Räumen vertrieben werden, wird die Armut durch Kürzungen von Sozialleistungen manifestiert. Gesellschaftliche Problemlagen werden unter dem Stichwort der Eigenverantwortung individualisiert und der Begriff des „Sozialschmarotzers“ wird wieder salonfähig. Besonders massive Konsequenzen hat diese Politik für gesellschaftlich bereits benachteiligte Gruppen, darunter Frauen, LGBTIQs, Migrant*innen und People of Colour.

WAS BEDEUTET DAS FÜR DIE SOZIALE ARBEIT?

Ein wesentlicher Punkt bei Betrachtung der Profession der Sozialen Arbeit inmitten dieser gesellschaftlichen Situation ist, dass Sozialarbeit nach wie vor ein weiblich* dominiertes Arbeitsfeld ist. Insofern sind viele Sozialarbeitende bereits aufgrund ihres Geschlechtes als Frauen besonders von den Verschlechterungen der Regierung betroffen, die Frauen sowohl indirekt – durch Kürzungen von Sozialleistungen –

als auch direkt, durch die Streichung von Geldern bei der Gewaltschutzprävention und Fraueneinrichtungen, besonders treffen.

Um verstehen zu können, welche Auswirkungen die momentanen politischen Veränderungen auf die Profession der Sozialen Arbeit haben, muss ihre grundsätzliche Rolle im Kapitalismus und im Staat beleuchtet werden. Diese ist klar im Bereich der Reproduktion einerseits – wenn es darum geht Menschen wieder in das bestehende System einzugliedern – zu verorten, andererseits aber auch in einem „Verwahren“ von Menschen, um sie und ihre Problemlagen unsichtbar zu machen. Dabei trägt Soziale Arbeit wesentlich zur Erhaltung des bestehenden Systems bei.

Politisch bedingte Verschlechterungen werden dadurch sichtbar, dass frühere Klient*innen nicht mehr unsere Klient*innen sind und für Personengruppen, vor allem Menschen ohne Aufenthaltstitel, kaum sozialarbeiterische Angebote zu Verfügung stehen. Zugänge werden erschwert und Ansprüche fallen weg.

Zudem zeigt die Praxis, dass bereits seit einigen Jahren durch den Abbau des Sozialstaates im Neoliberalismus der Zugang zu Leistungen erschwert wird. Sozialarbeiter*innen müssen sich in der Praxis vermehrt mit Ämtern „herumschlagen“ und Sozialleistungsbezieher*innen werden häufiger auf ihren Anspruch überprüft. Zunehmend geht es im Sozialbereich um Leistung und Effizienz – ein zeitgerechtes Erzielen von vorgegebenen „Fortschritten“ verändert die Arbeit, die Sozialarbeitende täglich verrichten. Die gesellschaftliche Debatte verschiebt sich weg von einem Sozialen Netz im Wohlfahrtsstaat hin zu der Frage, wer Sozialleistungen „verdient“ hat und wer nicht.

Diese Entwicklungen verändern und erschweren nicht nur die Arbeit in der Praxis, sondern werfen auch die Frage nach dem Professionsverständnis auf. Das Bild der Sozialen Arbeit, die für den Staat eine Funktion erfüllt, wandelt sich durch eine veränderte politische Situation. Wir sehen die Tendenz, dass die Kontrollfunktion der Sozialen Arbeit verstärkt wird und sie sich vermehrt in eine Kontrollinstanz verwandelt. Ansätze der Parteilichkeit mit den Klient*innen schwinden dagegen zunehmend und die Profession erfüllt langfristig eher die Funktionen der Sanktionierung und Regulierung – wie es bereits jetzt zum Beispiel im vermehrt regulierten öffentlichen Raum der Fall ist.

WELCHE PERSPEKTIVEN WURDEN GEFUNDEN UND WAS BRAUCHT ES?

In Form eines Kongresses kann keine Revolution organisiert werden. Klar wurde, dass Handlungsbedarf besteht, wenn Soziale Arbeit nicht zu einem reinen Kontroll- und Disziplinierungsorgan einer rechten Regierung werden soll. Sich zu vernetzen und zu wissen, dass weitere Sozialar-

beitende nicht instrumentalisiert oder komplett entmachtet werden wollen, ist ein wichtiger Schritt hin zur widerständigen Praxis.

Um in dieser politischen Situation gemeinsam aktiv werden zu können, ist es notwendig, sich zuerst selbst in diesem Feld zu verorten und als Profession zu definieren. Hier gibt es unterschiedliche Betrachtungsweisen der Sozialen Arbeit. KNASt sieht sich als Teil einer kritischen Sozialen Arbeit, die sowohl in Bezug auf die eigene Rolle als Sozialarbeitende und jene der Profession, als auch in Bezug auf Institutionen und den Staat als häufigen Auftraggeber kritisch ist. Herrschaftsverhältnisse und das eigene Agieren in jenen müssen immer wieder kritisch beleuchtet und hinterfragt werden.

Aus dieser eigenen Verortung heraus muss eine Positionierung zu den Entwicklungen entstehen. Diese kann im gemeinsamen Austausch zu einer gemeinsamen, bereichsübergreifenden werden. Praktisch kann außerdem überlegt werden, wo es Möglichkeiten gibt, widerständig zu sein, welche Nischen man nutzen kann und welche Handlungsmöglichkeiten wir als Sozialarbeiter*innen in der täglichen Praxis haben. Der Kongress wurde genutzt, um Ideen zu sammeln, sich zu vernetzen und zum Beispiel die Frage aufzuwerfen, wen man betreut, wen man betreuen darf und wie viel über die Betreuung dokumentiert werden muss.

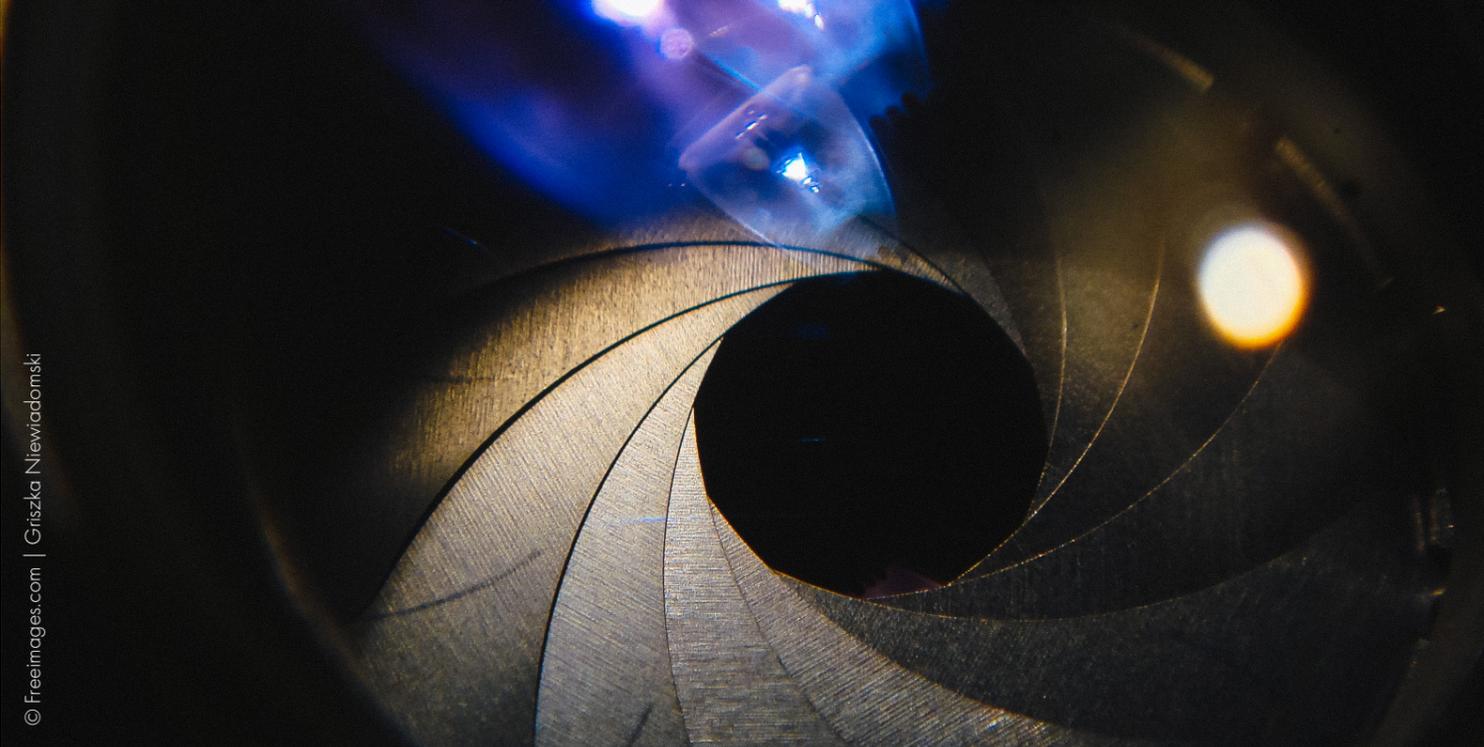
Gemeinsam können und müssen Missstände benannt werden. Ausgehend vom Positionieren sind auch direkter gemeinsamer politischer Aktivismus, auf Demonstrationen zu gehen, kreative Widerstandformen zu planen und durchzuführen, Möglichkeiten für Sozialarbeiter*innen gemeinsam ihr politisches Mandat zu nutzen. Die systemerhaltende Funktion unserer Profession macht es notwendig, dass kritische Sozialarbeiter*innen sich laufend mit ihrem eigenen Handeln auseinandersetzen, um keine Mittäter*innen dieses neoliberalen Rechtsruckes zu werden (oder zu bleiben). Es ist an der Zeit, dass wir dieses Hinterfragen auch dazu nutzen, uns aus der kritischen Sozialarbeit hinaus zur widerständigen Sozialarbeit zu entwickeln.

Lucia Palas

arbeitet als Sozialarbeiterin im Wohnungslosbereich und studiert Gender Studies und Politikwissenschaften, Aktivistin bei KNASt.

Aurelia Sagmeister

arbeitet als Sozialarbeiterin in einer feministischen Mädchenberatungsstelle im Arbeitsmarktkontext, Aktivistin bei KNASt.



© Freeimages.com | Griszka Niewiadomski

» PERSPEKTIVEN EINER KRITISCHEN SOZIALEN ARBEIT «

von Michael Röfver

REALEXISTIERENDER RECHTSPOPULISMUS

Die Frage danach, ob Soziale Arbeit politisch ist oder über ein politisches Mandat verfügt, wird mit Rückblick auf die vergangenen 20 Jahre immer wieder im deutschsprachigen Raum diskutiert. Doch wo stehen wir heute angesichts eines gesellschaftspolitischen Diskurses, der zusehends von rechtspopulistischen oder neo-reaktionären Kräften beeinflusst wird? Ich möchte in dem vorliegenden Essay den Versuch unternehmen, eine Standortbestimmung kritischer Sozialer Arbeit vorzunehmen. Inspiriert bin ich durch einen Kongress in Wien, der vom Kritischen Netzwerk aktivistischer Sozialer Arbeit (KNASt) Ende September 2018 ausgerichtet wurde und konkret die aktuellen politischen Entwicklungen in Österreich zum Ausgangspunkt gemacht hat. Zu benennen wäre in diesem Zusammenhang die Einführung der 60-Stunden-Woche, Kürzungen in der Sozialarbeit mit Frauen und Verschärfungen für die Arbeit mit Geflüchteten (vgl. taz, 31.08.2018, Regierungspartei FPÖ und die Arbeiter). Diese Veränderungen sind bereits ganz konkret in der Sozialen Arbeit zu spüren und haben Folgen für die Ausgestaltung fachlichen Handelns, wie beispielsweise die Kürzung finanzieller Mittel und die Erhöhung der Arbeitsbelastung. Sehr bemerkenswert ist, was der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz zeitlich unmittelbar vor dem Sozialarbeitskongress auf dem EU Gipfel in Salz-

burg kundgetan hat. „Vieles von dem, was ich heute sage, ist vor drei Jahren noch massiv kritisiert und als rechtsradikal abgetan worden, das hat sich geändert“ (vgl. Ö24, 18.09.2018, Kurz: „Vor 3 Jahren als rechtsradikal abgetan“). Damit benennt Kurz genau jenes Phänomen, welches als Diskursverschiebung durch rechte Kräfte bereits hinlänglich beschrieben worden ist. Dieses Blitzlicht auf die gesellschaftspolitischen Ausgangssituationen soll nun als Grundlage einer Verortung Sozialer Arbeit dienen.

POLITISCHES VERSTÄNDNIS SOZIALER ARBEIT

Im Folgenden möchte ich argumentieren, dass Soziale Arbeit immer auch politisch ist und hierzu vielleicht keines eigenen politischen Mandates bedarf, sondern einer fachlich begründeten Praxis, welche die politische Dimension Sozialer Arbeit erkennt und zu einem Ankerpunkt des professionellen Handelns macht. Was ist damit gemeint? Lipsky beschreibt Soziale Arbeit bereits Ende der 70er Jahre als street-level bureaucracy, welche sozialpolitische Ziele in der Praxis umsetzt und zur Implementierung immer auch über einen Ermessensspielraum verfügt (vgl. Lipsky 2010). Die Qualität professioneller Handlungen bemisst sich nach Dewe und Otto u. a. an der Erhöhung von Handlungsoptionen, Autonomie und Partizipationsmöglichkeiten der Adressaten*innen Sozialer Arbeit (vgl. Dewe und Otto

2011). Diese Ziele fachlichen Handelns sind nicht zuletzt auch Ergebnis eines emanzipatorischen Kampfes, der eben jetzt durch neo-reaktionäre Kräfte – sowohl im Diskurs als auch durch die oben beschriebenen sozialpolitischen Entwicklungen – zurückgewiesen wird. Dies hat ganz praktische Folgen für Soziale Arbeit.

Die Frage der Funktionalen Differenzierung, wonach politische Entscheidungen, systemtheoretisch gesprochen, der Sphäre der Politik zuzuordnen wären, greift auch über die These der street-level bureaucracy hinaus nicht mehr. Es ist komplizierter. Mit Hannah Arendt versteht sich Politik als ein Aushandlungsprozess darüber, wie wir gemeinsam leben wollen. Damit ist auch das eigentliche demokratische Prinzip benannt, welches sich eben nicht auf das ritualisierte Bestimmen der politischen Mehrheitsverhältnisse beschränkt. Demokratie muss immer wieder erkämpft werden. Dieser Prozess der Aushandlung ist jedoch nicht voraussetzungslos, er bedarf mündiger Bürger*innen.

DEMOKRATIE UND SEINE VORAUSSETZUNGEN

An der Umsetzung dieses politischen Prinzips in der Demokratie ist auch Soziale Arbeit beteiligt. Gehört es doch zu ihren Aufgaben, Autonomie und Partizipation ihrer Adressatinnen zu fördern und soziale Absicherung zu vermitteln. Auch wenn „[d]er freiheitliche, säkularisierte Staat [...] von Voraussetzungen [lebt], die er selbst nicht garantieren kann“ (Böckenförde 1976), so lässt sich doch Soziale Arbeit als ein Beitrag zu eben diesen demokratischen Werten und seinen Bedingungen verstehen. Nur so lässt sich Soziale Arbeit auch als ein progressiver Beitrag zur freiheitlichen Demokratie verstehen. Den Wunsch nach Autonomie und Selbstbestimmung teilen zunächst Liberale wie auch Linke. Die zugrunde gelegte These, am Beispiel Österreichs veranschaulicht, zeigt, dass neo-reaktionäre Kräfte an der Unterminierung der sozialen und liberalen Demokratie und ihrer Voraussetzungen kontinuierlich arbeiten und ihr Projekt bereits konkrete Formen annimmt. Spaltung

und Hetze führen so zur globalen Entsolidarisierung und einer Rückbesinnung auf das Nationale.

Hinzuzufügen wäre schließlich noch eine kritisch-materialistische Perspektive, wonach eben nicht nur das Individuum an sich, sondern immer auch die strukturellen Verhältnisse, in denen wir uns befinden, betrachtet werden müssen. Die Verteilungsfrage gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstandes ist wieder genauer zu betrachten; zu erkennen ist, dass die Schere zwischen arm und reich weiter stark auseinander geht. Hierzu haben Soziologen wie Bude und Lessenich in den letzten Jahren umfangreiche Analysen geliefert und Ungleichheiten differenziert beschrieben, die zu sozialer Spaltung führen. Bildung, soziale Absicherung und ein Vertrauen in die Solidargemeinschaft sind Grundpfeiler der Demokratie und basieren auf materiellen und strukturellen Bedingungen. Diese Prozesse zu erfassen und wissenschaftliche Erkenntnisse sowie praktische Erfahrungen in den politischen Diskurs zu tragen, ist auch Aufgabe der Sozialen Arbeit.

ENTFREMUNG UND SINNKRISE

Ich will nun zunächst eine weitere These einführen. Gegenstand Sozialer Arbeit seien nun nicht mehr im Sinne der industriellen Gesellschaften ausschließlich soziale Probleme, die seit dem Aufstieg kapitalistischer Produktionsweisen soziologisch umfangreich beschrieben wurden, sondern das Soziale und seine Krise. Was ist damit gemeint? Was wir gegenwärtig als neo-reaktionären role-back erleben, ist Ergebnis eben dieser kapitalistischen Verhältnisse. Zum einen als Frage der Ungleichheit, zum anderen aber auch als Frage der Entfremdung. Beides hat Marx grundlegend erkannt und benannt. Ich möchte Entfremdung als eine im Sozialen liegende Sinnkrise beschreiben. Max Weber spricht angesichts der fortschreitenden Industrialisierung Anfang des 20. Jahrhunderts von einer „Entzauberung der Welt“, tradierte Vorstellungen und die soziale Ordnung werden aufgrund des gesellschaftlichen Wandels unverkennbar in Frage gestellt. Eine Antwort auf diese Herausforderungen ist die Idee des Sozialismus, aus welchem verschiedene

Ansätze zum Umgang mit Ungleichheit und Entfremdung hervorgegangen sind. Mit dem Ende der Sowjetunion hat sich jedoch die These Thatchers durchgesetzt: „there is no alternative“. Was wir heute vorfinden ist im Wesentlichen die Hegemonie eines kapitalistischen Realismus, welcher sich als alternativlos darstellt. Demokratie entwickelt sich zum legitimatorischen Selbstzweck der Produktionsbedingungen. Konkret zeigt sich jedoch sowohl in sozialwissenschaftlichen Studien als auch in der sozialarbeiterischen Praxis, dass wir es in diesem System mit einer großen Sinnkrise zu tun haben. Phänomene wie Vereinzelung oder die Hinwendung zu rechtspopulistischem Gedankengut und nationaler Identitätspolitik sind Ergebnis dieser Alternativlosigkeit des kapitalistischen Realismus. Soziale Arbeit ist herausgefordert, den Blick nicht nur auf individuelle Problemlagen, sondern auf das Soziale insgesamt zu richten.

Ich will mit diesen schemenhaften Überlegungen nun keine Brandrede halten und auch nicht von einer allmächtigen Sozialen Arbeit ausgehen, die in der Lage wäre, all dies zu überwinden. Ich halte es nur für essentiell, diese Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung bei der Standortbestimmung Sozialer Arbeit zu berücksichtigen. Rückt nun das Soziale an sich ins Zentrum der Betrachtung und wird zum Gegenstand Sozialer Arbeit, so ändert sich auch das politische Verständnis Sozialer Arbeit. Entscheidend ist es, materielle Ungleichheit und Entfremdung zu thematisieren. Soziale Arbeit kann dies auf Grundlage ihrer Theorien und ihrer praktischen Erfahrungen leisten. Gegenstand Sozialer Arbeit ist primär die Arbeit mit Menschen, am Fall – dabei sind immer auch die sozialen Bedingungen zu thematisieren. Verständlich werden diese abstrakten Verhältnisse jedoch nur, wenn man sie am Einzelfall konkret macht und sie so als Stimme hörbar werden. Das kann Soziale Arbeit qua ihres Blickwinkels und das sollte sie im Sinne eines politischen Verständnisses auch tun, mit ihren Adressaten*innen, in der Kommunalpolitik, in den Verbänden, mit der Presse und international vernetzt.

AUFKLÄRUNG UND HEGEMONIE

Soziale Arbeit ist jedoch bei all diesen Überlegungen keine Sozialphilosophie, welche die existenziellen Fragen der Menschen zu beantworten sucht, sondern sie muss ganz praktisch verstanden werden als gesellschaftlich organisierte Form der Hilfe, welche Menschen in ihrer Lebenswelt unterstützt, ihr Leben selbstbestimmt zu führen und Handlungsmöglichkeiten in herausfordernden Situationen zu entwickeln. Nun steht dem eben das Projekt der neo-reaktionären Kräfte gegenüber. Aus diesem dann doch schlichten Grund ist es geboten, sich dieses Widerspruchs bewusst zu werden und Soziale Arbeit, wie ich sie zu umreißen versucht habe, auch als einen bescheidenen Teil des anderen, des aufklärerischen Projektes zu verstehen und sie nicht zu einer Sozialtechnologie der Maßregelung verkommen zu lassen. Kritik ist immanenter Teil dieses Projektes und in

der Sozialen Arbeit wird ein politisches Verständnis so zum Querschnittsthema, welches nicht immer explizit ist, aber mitgedacht werden muss. Es gilt in den Widerspruch zu einer erstarkten neo-reaktionären Hegemonie zu treten, welche mit den fachlichen Erkenntnissen und den ethischen Positionen Sozialer Arbeit bricht.

Im Anschluss an die Überlegungen von Gramsci lässt sich Hegemonie als offenes Konzept gesellschaftlicher Machtpolitik verstehen, die durch „gepanzerten Zwang“ daherkommt und wie ein gesellschaftlicher Konsens wirkt; in den Worten Gramscis, ein „integraler Staat“. Dies zeigt sich auch durch zivilgesellschaftliche und staatliche „Moral-kampagnen“ zur privaten Lebensführung wie wir es durch neo-reaktionäre Kräfte derzeit erleben. Kritisch betrachtet dient der Wohlfahrtsstaat dann der Erhaltung der Arbeitskraft für den Massenkonsum bei gleichzeitiger Verschlingung des Staates. Damit beschrieben ist eine Entwicklung vom konservativ-liberalen Neoliberalismus zum autoritären Neoliberalismus (vgl. Candeias 2014). Im Anschluss an Gramsci und als Gegenpol zur Alternativlosigkeit gilt es, ganz praktisch konkrete Alternativen in der Lebenswelt der Adressaten*innen aufzuzeigen oder zu entwickeln. Denn aus der Alternative speist sich auch die Demokratie, in der Vielfalt konkret gelebt wird.

AUSHANDLUNG ALS IMPLEMENTIERUNG

Mit der komplementären Analyse von Ungleichheiten und Entfremdung bekommt ein politisches Verständnis Konturen und wird zum integralen Bestandteil der Profession. Bleibt noch die Frage nach seiner Implementierung; vielleicht scheiden sich gerade an dieser Stelle wieder die liberalen und die linken Geister. Doch zieht meiner Meinung nach die hier angerissene Analyse Konsequenzen nach sich. Es geht darum, den neo-reaktionären Bestrebungen nach Kräften entgegenzutreten, im fachlichen Diskurs und im professionellen Handeln. Geht es hier doch wohlgerne nicht um eine Gesinnungspolizei, sondern um das konkrete Mitwirken am Aushandlungsprozess unter der Partizipation der Adressaten*innen darüber, wie wir gemeinsam leben wollen; das ist der Grundgedanke eines politischen Verständnisses Sozialer Arbeit. Dieses Konzept verfügt bereits über eine Verankerung in Theorie und Praxis, die Herausforderung bleibt es fortlaufend, diese Erkenntnisse in den politischen Diskurs zu tragen.

Michael Rölver

promoviert am Institut für Soziologie der Universität Münster zu Ermessensspielräumen in der Sozialen Arbeit. Zuvor war er fünf Jahre als Sozialarbeiter in der Jugendsozialarbeit in Berlin und Münster tätig.

QUELLEN

Arendt, Hannah (2016): Vita activa oder Vom tätigen Leben. Ungekürzte Taschenbuchausgabe, 18. Auflage. München, Berlin, Zürich: Piper.

Candeias, Mario (2014): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Andreas Merkmans (Hg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. 4. Aufl., dt. Orig.-Ausg. Hamburg: Argument-Verl. S. 15–32.

Dewe, Bernd; Otto, Hans-Uwe (2011): Professionalität. In: Hans-Uwe Otto, Hans Thiersch und Klaus Grunwald (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. 4., völlig neu bearb. Aufl. München: Reinhardt, S. 1143–1153.

Lipsky, Michael (2010): Street-level bureaucracy. Dilemmas of the individual in public services. Updated ed. New York: Russell Sage Foundation.

Ö24, 18.09.2018, Kurz: „Vor 3 Jahren als rechtsradikal abgetan“: <https://www.oe24.at/oesterreich/politik/kurz-vor-3-jahren-als-rechtsradikal-abgetan/349132614>

die tageszeitung, 31.08.2018, Regierungspartei FPÖ und die Arbeiter: <http://www.taz.de/15529512/>



© Freemages.com | Murat Cokal

» ALLE GUTEN DINGE SIND: DREI BEISPIELE DES WIDERSTANDS «

von Sophie Lindner, Marlene Erkl

Seit fast einem Jahr ist die schwarz-blaue Bundesregierung nun im Amt. Für Jede*n von uns wird es fast zum wiederkehrenden Teil des Alltags, mit Nachrichten über Kürzungen, Beschneidung von Rechten sowie sexistischer und rassistischer Politik konfrontiert zu sein. Dies ist gefährlich, vor allem dann, wenn derartige Änderungen immer normaler und dadurch verharmlost werden! Darum ist es besonders wichtig hervorzuheben, dass es seit Tag eins der ÖVP-FPÖ Regierung viele Menschen gibt, die daraus resultierende Verschlechterungen für unsere Gesellschaft nicht einfach hinnehmen wollen. Ein Beispiel dafür sind wöchentliche österreichweite Kundgebungen und Demos mit dem Titel „Es ist wieder Donnerstag“, die – angelehnt an die Protestbewegung im Jahr 2000 – sich auch jetzt wieder gegen Schwarz-Blau stellen.

In diesem Artikel wollen wir einige Aktionen der letzten Monate vorstellen, in denen sich Sozialarbeitende gegen den Sozialkahlschlag stellen. Es handelt sich dabei um einen Streik und ein bundesweites Vernetzungstreffen sowie einen Aktionstag. Dies soll zeigen, dass es eine gemeinsame

Bewegung gibt, die dafür kämpfen will, „ein gutes Leben für Alle“ nicht in immer weitere Ferne rücken zu lassen.

STREIK

Beginnend wollen wir von einer Aktion erzählen, die darauf aufmerksam machte, wie wichtig es ist, neben der Klient*innenarbeit auch für gerechte und sichere Arbeitsbedingungen innerhalb des Sozialbereichs zu kämpfen.

Mitte Februar wurde mit Forderungen der „Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich“ sowie von „deutliche[n] Lohn- und Gehaltserhöhungen“ Verhandlungen zum Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Österreich (SWÖ) geführt (vgl. Haumer 2018). Die Verhandlungen wurden erfolglos abgebrochen, was „ÖGB und seine Teilgewerkschaften“ dazu animierte, „die Gangart zu verschärfen“ und einen Streikbeschluss zu fassen. In Folge kam es zu einem Warnstreik am 15. und 16. Februar 2018. Unter den Beteiligten herrschte große Motivation, da endlich etwas passierte. An vielen Standorten

wurde für mehrere Stunden die Arbeit von Sozialarbeitenden niedergelegt. Uns ist es wichtig, über diese Aktion zu berichten, da wir glauben, dass dies als Vorbild gesehen werden kann, dass man durch kollektives Handeln auf prekäre Strukturen aufmerksam machen und diese verändern kann. Zusätzlich sind wir der Meinung, dass es ein gutes Beispiel ist, dass die Aktionsform des Streiks im Sozialbereich nicht vergessen werden darf – auch wenn sie viel an Planung im Voraus bedeutet, vor allem damit während des Streiks die Angebote der Sozialen Arbeit trotzdem gewährleistet werden können. Dies haben wir dann auch beim Sozialhackler*innenkongress diskutiert.

SOZIALHACKLER*INNENKONGRESS

Da sich durch die realpolitischen Veränderungen unter Schwarz-Blau im Kontext gesamtgesellschaftlicher Verschlechterungen von Lebensbedingungen auch Sozialarbeiter*innen mit sich zunehmend erschwerenden Bedingungen konfrontiert sehen, hat KNAST zum zweitägigen Sozialhackler*innenkongress im September 2018 aufgerufen. KNAST (Kritisches Netzwerk aktivistischer Sozialarbeits-Studierender) ist das Wiener Pendant zur Resilienz (Aktionsbewegung für Soziale Verantwortung) in Innsbruck.

Wir sind von der Resilienz zu sieb nach Wien zum Kongress angereist, weil uns angesichts der bereits vorgenommenen und noch geplanten bzw. angekündigten Kürzungen der Bundesregierung eine österreichweite Vernetzung wichtig ist. Bisher hat sich unser Aktionismus vorwiegend als Reaktion auf lokalpolitische, für uns nicht hinnehmbare Einsparungen im Sozialbereich begrenzt. Jetzt sehen wir allerdings die Notwendigkeit gegeben, über Stadt- und Ländergrenzen hinweg das gesamte Bundesgebiet ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu stellen, da alle Bürger*innen von den Entscheidungen der ÖVP-FPÖ Regierung betroffen sind und sein werden.

Konkret geht es dabei um das mit 1. September 2018 in Kraft getretene Arbeitszeitgesetz (Stichwort: 12-Stunden-Tag), die mit 1. Oktober 2018 wieder eingeführten Studiengebühren für berufstätige Langzeitstudierende sowie den bereits beschlossenen und mit 1. Jänner 2019 in Kraft tretenden Familienbonus Plus. Mit einer „Kassenreform“ sollen Einsparungen im Gesundheitsbereich und mit der im Regierungsprogramm angedachten Abschaffung der Notstandshilfe sowie der bundesweiten Vereinheitlichung der Mindestsicherung, Einsparungen im Sozialbereich vorgenommen werden. Was bei genauerer Betrachtung der politischen Umfärbung von Gesundheits- und Sozialpolitik deutlich hervorgeht ist, neben einem Anstieg von Armut und sozialer Ungleichheit, die dahinterliegende aktivie-

rende Arbeitsmarktpolitik, die Anreize für die scheinbar freiwillige Teilnahme von Lohnabhängigen am Erwerbsarbeitsmarkt schaffen soll. Gleichzeitig werden Differenzlinien zwischen Frauen* und Männern* sowie zwischen In- und Ausländer*innen gezogen bzw. verschärft, was neben einer arbeitnehmer*innenfeindlichen Politik auf eine sexistische und rassistische Politik schließen lässt.

Da wir als Sozialarbeitende und Sozialarbeitsstudierende diesen sozialen Kahlschlag nicht hinnehmen können und wollen – nicht zuletzt, weil in letzter Konsequenz auch Sozialinstitutionen und wir als ihre (künftigen) Mitarbeiter*innen von Existenzängsten bedroht sind – mischen wir uns in die bestehenden Verhältnisse ein. Im Sinne der Wahrnehmung des politischen Mandats der Sozialen Arbeit sowie der Verteidigung von verteilungsgerechter Sozialpolitik sehen wir es in unserem Auftrag inbegriffen, uns im Kollektiv kritischer Sozialarbeiter*innen zu vernetzen, auszutauschen und gemeinsam Formen des Widerstands anzudenken und umzusetzen.

Wir von der Resilienz haben beim Sozialhackler*innenkongress in Wien im Rahmen eines Vortrags mit anschließender Diskussionsrunde aktiv teilgenommen – nicht zuletzt auch, um einen Beitrag aus dem Westen Österreichs beizusteuern. Durch die Vorstellung unseres Selbstverständnisses, angelehnt an die Theorie und Praxis kritischer Sozialarbeit, sowie konkreter Beispiele unserer sozialpolitischen Arbeit in Innsbruck haben wir versucht aufzuzeigen, wie das politische Mandat in der Praxis umgesetzt werden kann. Die anschließende Diskussion hat uns erneut gezeigt, dass viele unserer (künftigen) Kolleg*innen durch die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit unter prekären Arbeitsbedingungen leiden. Unmut macht sich breit. Überforderung wird angesprochen. Anforderungen von Leistungserbringung gemessen an Zahlen seitens der Geldgeber*innen stehen oftmals im Widerspruch zum ureigenen Interesse der Sozialen Arbeit, wo sich Erfolg am langfristigen Absichern der Existenz und des Wohlergehens ihrer Klientel misst.

Dabei sind Emanzipation und Partizipation wichtige Schlagwörter, die zur Ermächtigung und Mündigkeit der Klientel im Sinne einer Stärkung ihrer Selbstbestimmung beitragen sollen. Da der Fokus des Sozialhackler*innenkongresses auf all jene gerichtet war, die sich als Sozialhackler*innen verstehen und keine Mittäter*innen unter Schwarz-Blau sein wollen, waren wir selbst der Gegenstand unserer Reflexion. Als Akteur*innen im und als Aufrechterhalter*innen des kapitalistischen Systems beleuchteten wir, wie sich verändernde Arbeitsbedingungen auf uns als Menschen, unsere Tätigkeit als Sozialhackler*innen und die direkte Beziehungsarbeit mit unseren Klient*innen auswirken. Um einer „Entfremdung“ zwischen Kolleg*innen

» Unmut macht sich breit. Überforderung wird angesprochen. «

entgegenzuwirken bzw. sie erst gar nicht zuzulassen, bietet sich an, einen Moment innezuhalten und die Wirkung von Spiegelungen wahrzunehmen. Was zeigen uns Klient*innen auf? Was beobachten wir? Fördert kritische Soziale Arbeit die Selbstermächtigung und Partizipation von Klient*innen, oder müssen sich Sozialarbeiter*innen ebenso erst emanzipieren, um selbstbestimmt für ihre (Arbeits-)Rechte einzustehen, und durch partizipative Einmischungsprozesse eine breitere Beteiligung an der eigenen Interessensvertretung anstoßen?

Das kann als Aufruf, sich zusammenzuschließen, und als Ermutigung, gemeinsam zu kämpfen, verstanden werden. Auch wenn sozialpolitische Aktionen (noch) oft in der Freizeit durchgeführt werden müssen, weil die Praxis der Sozialen Arbeit mit theoretischen Auslegungen des dritten Mandats nicht Schritt halten kann oder je nach Arbeitgeber*in und Finanzierungsquelle(n) Aktivismus möglicherweise abgelehnt wird, animieren wir zur Teilnahme. Im Vordergrund sollte dabei Freude, nicht aber Überanstrengung, stehen sowie eine Sensibilität für die unterschiedlichen Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands, die in den unterschiedlichen Handlungsfeldern bzw. Settings Sozialer Arbeit entwickelt werden können. In Abstimmung mit unseren persönlichen Lebensumständen und um einen weitgehend inklusiven und niederschweligen Zugang zu gemeinsamen Aktionen zu gewähren, ist es außerdem unabdingbar, uns nach unseren eigenen Bedürfnissen zu fragen und adäquate Wege zu finden, diese zu befriedigen. Als Beispiel wurde während des Kongresses die Situation von Alleinerzieher*innen genannt und dass für deren Beteiligung an Demos, Kundgebungen, Streiks, etc., wenn diese nicht während der Arbeitszeit stattfinden, eine Kinderbetreuung angeboten werden müsste.

Im Großplenum wurden anschließend an die Kleingruppen, wo unterschiedliche Vorträge präsentiert und diskutiert wurden, Ideen zusammengetragen, um einerseits eine gemeinsame Positionierung auszuarbeiten. Andererseits wurde der Versuch unternommen, konkrete nächste Schritte zu planen. Wie so oft, sind wir erst dann an den Punkt der Konkretisierung gelangt, als die Zeit fast vorbei war.

GEMEINSAM GEGEN SOZIALKAHLSCHLAG

Nichts desto trotz können wir einige Wochen nach dem Kongress von einem bundesländerübergreifenden Aktionstag mit dem Slogan „Gemeinsam gegen Sozialkahl-schlag!“ berichten, der sich mit geplanten Kürzungen der Mindestsicherung beschäftigte. Initiiert wurde der Zusammenschluss von der Initiative „Sozial, aber nicht blöd“, die sich seit einigen Jahren für eine bessere Bezahlung von Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich einsetzt. Es schlossen sich die Initiativen „Bündnis Flüchtlingsarbeit“, „KNAST“, „Sozial, aber nicht blöd“, „Raum für Alle“ und „Resilienz“ zusammen und organisierten am 12. Oktober

2018 in Wien, Linz, Graz und Innsbruck einen gemeinsamen Aktionstag. Am 9. Oktober 2018 hatten sich Fans des Wiener Sportclubs bereit erklärt, mit einer Transparentaktion in einem Heimspiel auf den Aktionstag aufmerksam zu machen. Am 12. Oktober wurden unterschiedliche Aktionen durchgeführt, die vor allem Passant*innen im öffentlichen Raum auf die drohende Kürzungspolitik aufmerksam machen sollten. Dafür wurden ein gemeinsamer Flyer und ein Logo entworfen, die bei den Aktionen als Informationsmaterial dienen sollten. Der Tag startete mit einer Kundgebung in Wien Margareten vor dem AMS-Redergasse. Das „Bündnis Flüchtlingsarbeit“ und „Sozial, aber nicht blöd“ berichteten über die ungleiche Verteilung von Reichtum innerhalb von Österreich. Dies zog Passant*innen an und bot auch die Möglichkeit mit AMS-Nutzer*innen ins Gespräch zu kommen. Eine weitere Aktion, die in Wien stattfand, wurde durch die Sozialarbeitsinitiative „KNAST“ umgesetzt. Durch das Spannen eines großen Netzes sollte bildlich darauf aufmerksam gemacht werden, dass man sich gegen das Durchlöchern des „Sozialen Netzes“ stellte. In Graz wurde ein Infotisch zu den Kürzungen vor dem Sozialamt aufgebaut und Aktivist*innen der Resilienz beteiligten sich mit einer Flyer-Aktion in der Innsbrucker Innenstadt am Aktionstag. In Linz wiederum wurde der Schwerpunkt darauf gelegt, zu zeigen, welche Verbindungen zwischen den momentanen Angriffen der Regierung und dem Sozialabbau, der in Oberösterreich vor sich geht, sichtbar gemacht werden können. Wir denken, dass eine bundesweite Vernetzung besonders wichtig ist, da so Widerstand an ganz unterschiedlichen Schauplätzen sichtbar gemacht werden kann.

Neben den in unterschiedlichsten Bundesländern stattfindenden Donnerstagsdemos soll es am 15. Dezember 2018 – ein Jahr nach Regierungsangelobung – zu einer Großdemonstration gegen Schwarz-Blau in Wien kommen. Zeigen wir gemeinsam Verantwortung, Solidarität und Widerstand – uns allen zuliebe!

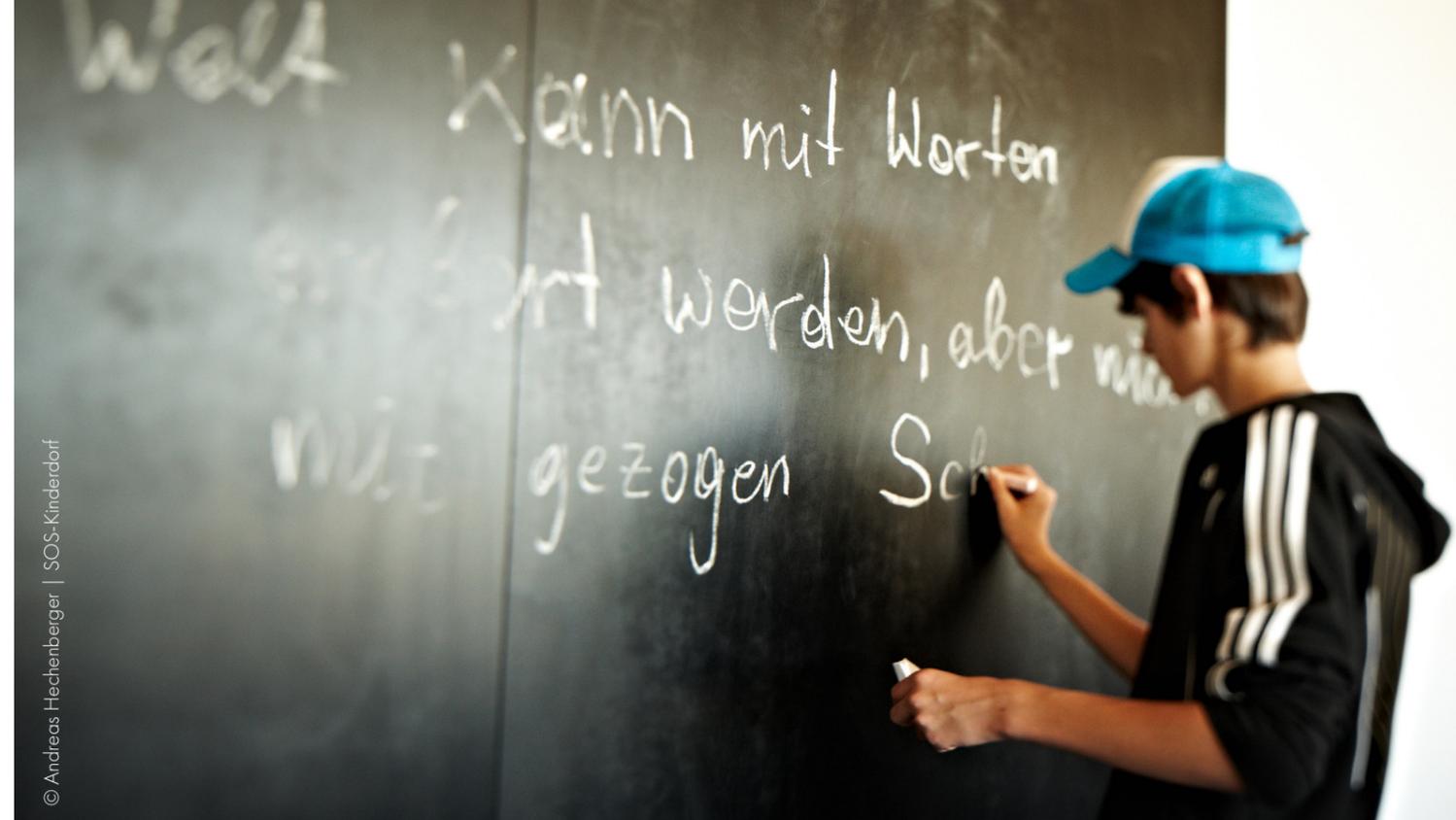
Quelle: Haumer, Peter (2018): So liefen die Warnstreiks im Sozialbereich, so geht es weiter URL: <https://mosaik-blog.at/warnstreiks-sozialbereich-swoc-bericht/>

Sophie Lindtner

Sozialarbeiterin, tätig in der Wohnungslosenhilfe in Innsbruck.

Marlene Erkl

Sozialarbeiterin, tätig in der Wohnungslosenhilfe in Innsbruck.



» NO CHANCE FOR YOU – WIE SCHLECHTE CHANCEN NOCH SCHLECHTER GEMACHT WERDEN «

Politische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Betreuung von jungen Menschen mit Fluchtgeschichte.

von Thomas Buchner

In der Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen mit Fluchtgeschichte hat SOS-Kinderdorf mittlerweile langjährige Erfahrung. Mit der Eröffnung des Clearinghouses in Salzburg Anfang der 2000er Jahre wurde ein, für damalige Verhältnisse, doch recht innovatives Betreuungssetting geschaffen, welches 2004 mit der Eröffnung des BIWAK in Hall noch einmal aufgestockt wurde. Derzeit gibt es österreichweit rund 15 spezialisierte Einrichtungen von SOS-Kinderdorf für unbegleitete Minderjährige mit Fluchterfahrung. Mittlerweile weht ihnen jedoch politisch ein kalter Wind entgegen.

ALLGEMEINES ZUR BETREUUNG VON JUGENDLICHEN ASYLWERBER*INNEN BEI SOS-KINDERDORF

So waren es bis 2015 immer rund 50 Jugendliche (seltener Kinder), die in Wohngruppen betreut wurden. Als weite-

re Betreuungsform gibt es das Betreute Wohnen, als ersten Schritt in ein selbstständiges Leben gedacht. Nach den großen Fluchtbewegungen im Jahr 2015 wurden weitere 250 Plätze in Wohngruppen geschaffen, um dem Bedarf an adäquaten Betreuungssettings für Jugendliche gerecht zu werden. Bis 2015 waren die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge also im Vergleich zu den Kindern und Jugendlichen, die bei SOS-Kinderdorf im Rahmen der vollen Erziehung der Kinder- und Jugendhilfe betreut wurden, eine eher kleine Gruppe. Nach 2015 machten unbegleitete Minderjährige mit Fluchtgeschichte rund ein Viertel aller stationär untergebrachten Kinder und Jugendliche aus. Das und die prekäre bzw. nicht vorhandene Datenlage zur Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen in Österreich war für uns, die Abteilung Forschung und Entwicklung, Grund genug, sich mit dem Thema genauer zu beschäftigen. Entstanden ist daraus das Forschungsprojekt zu Lebenslagen,

Perspektiven, Bedarfe und Bedürfnisse von unbegleiteten Minderjährigen mit Fluchtgeschichte bei SOS-Kinderdorf. Alle Zahlen und Fakten, die in diesem Artikel vorgestellt werden basieren so nicht anders angegeben auf diesem Forschungsprojekt.¹

OBSORGE UND RESSOURCEN: SCHLECHTE CHANCEN FÜR JUNGE MENSCHEN MIT FLUCHTGESCHICHTE

In der Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen mit Fluchtgeschichte ergeben sich für die Organisationen bzw. Einrichtungen zwei grundlegende strukturelle Probleme: Das wäre erstens der Tagessatz, mit dem die Einrichtungen arbeiten müssen. Dieser durch die Bund-Länder-Vereinbarung zur Grundversorgung festgesetzte und bezahlte Tagessatz beträgt derzeit rund 85 Euro pro Jugendlichen. Was jetzt auf den ersten Blick nach viel Geld aussieht, ist in Wahrheit eine massive Ungleichbehandlung, die sich durch keine fachlichen Argumente untermauern lässt. Wenn man sich vor Augen führt, dass Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, die Jugendliche stationär betreuen, mit Tagessätzen ab 120 Euro operieren können (bei speziellen Konzepten, wie etwa therapeutischen Wohngruppen sind auch Tagessätze von über 200 Euro möglich), ist es unverständlich, wie es zu diesen niedrigen Tagessätzen gekommen ist. Ein von SOS-Kinderdorf in Auftrag gegebenes Gutachten stellt eindeutig fest, dass unbegleitete Minderjährige mit Fluchtgeschichte den gleichen Anspruch auf Leistungen durch die Kinder- und Jugendhilfe haben, wie österreichische Kinder- und Jugendliche. Das Gutachten stellt zwar auch fest, dass dies nicht unbedingt durch gleich hohe Tagessätze geschehen muss, aber die Leistungen müssen die gleichen sein und mit verschiedenen hohen Tagessätzen ist das nur schwer bzw. praktisch gar nicht möglich. Dies bedeutet auch, dass individuelle Leistungen prinzipiell einklagbar wären. In der Praxis passiert dies jedoch nicht. Eine weitere Einschränkung ist die gesetzlich vorgesehene Übernahme und Ausübung der Obsorge durch die Kinder- und Jugendhilfe für minderjährige Asylwerber_innen. Das passiert österreichweit – teilweise auch der angespannten Personalsituation auf den Ämtern geschuldet – noch viel

zu wenig. Es gibt zwar in diesem Kontext positive Beispiele, wie etwa das Land Tirol, das mit der Installation eines eigenen umF-Fachteams in dieser Hinsicht gut aufgestellt ist. Wünschenswert wäre es allerdings, dass diese gute Praxis in allen Bundesländern Schule macht.

Die Aufhebung dieser zwei strukturellen Missstände, die mangelnde Ressourcen-Ausstattung und das Fehlen einer flächendeckenden Übernahme der Obsorge in der Betreuung werden von SOS-Kinderdorf seit mehreren Jahren immer wieder gefordert. Allerdings waren diese Bemühungen in der vergangenen Legislaturperiode schon nicht von Erfolg gekrönt und es lässt vermuten, dass es leider in dieser noch weniger der Fall sein wird.

SPEZIELLE HERAUSFORDERUNGEN: BILDUNG UND AUSBILDUNG IM KONTEXT VON FLUCHT

Neben den zuvor genannten strukturellen Herausforderungen, ergeben sich für die Jugendlichen eine Vielzahl an Herausforderungen, die in ihrer komplexen Lebenswelt fußen. So gaben viele Jugendliche in der Online-Befragung des Forschungsprojektes, neben dem großen Themenkomplex der Familie, vor allem an, dass sie diverse Lebensbereiche, die sich um ihren Schulbesuch und auch um ihre Ausbildung drehen, stark beschäftigen. Und dabei zeigt sich ein durchaus ambivalentes Bild: Auf der einen Seite gibt ein Großteil der Jugendlichen an, dass sie gerne die Schule besuchen und dort auch Kontakt zu Peers pflegen. Auf der anderen Seite verspüren sie auch Druck. Dieser gestaltet sich u.a. von Seiten der Familie, möglichst Geld zu verdienen, aber auch die eigene Angst zu versagen, sprich den Anforderungen des Schulsystems nicht gerecht zu werden. Dass die Jugendlichen mit Fluchtgeschichte in vielerlei Hinsicht keine homogene Gruppe von Menschen sind, zeigt sich z.B. auch in den schulischen Voraussetzungen, die sie mitbringen. Wir fragten die Jugendlichen, wie viele Jahre sie in ihrem Heimatland eine Schule besuchten. Wenig überraschend gibt es dabei große Unterschiede: So gibt es Jugendliche, die angaben, bisher ein halbes Jahr eine Schule besucht zu haben, bis hin zu über 10 Jahren Schulbesuch. Der Mittelwert der Dauer des Schulbesuchs liegt bei knapp

über sechs Jahren. Das ist aber nur ein Indikator von vielen, der zeigt, wie heterogen die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen ist, aber auch welches Potential in ihnen steckt.

ZAHLEN UND FAKTEN ZU SCHULE UND AUSBILDUNG

Es stellt sich im Forschungsprojekt auch die Frage, wie viele der unbegleiteten Minderjährigen mit Fluchtgeschichte eigentlich hier in Österreich eine Schule besuchen. Solange die Jugendlichen unter 15 Jahre alt sind, gibt es nur Einzelne, die keine Schule besuchen. Schwieriger wird die Situation für die über 15-Jährigen. Hier gaben zwar immerhin noch knapp 50% an, eine Schule zu besuchen. Es ist aber anzunehmen, dass diese Jugendlichen zu einem großen Teil die sogenannten „Übergangsklassen“, über deren Abschaffung immer wieder diskutiert wird, besuchen. Weitere 6,5% absolvierten zum Befragungszeitpunkt (Frühjahr 2017) eine Lehre und weitere 31% besuchten diverse Kurse. Darin enthalten sind Pflichtschulabschluss-Kurse, Berufsvorbereitungsmaßnahmen, aber auch Deutschkurse, die in Qualität und Quantität stark variieren. Wenn man die Zahlen zusammenrechnet, bleiben also rund 15% der über 15-jährigen mit Fluchtgeschichte, die keine schul- oder berufsbezogene Tagesstruktur haben. Das sind zwar nicht viel mehr, als etwa in den regulären Kinder- und Jugendhilfemaßnahmen, aber es ist anzunehmen, dass diese Zahl steigen wird. Warum, wird hier im folgenden Absatz erläutert.

AKTUELLE POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN UND IHRE AUSWIRKUNGEN

Schon alleine diese hier vorgestellten Zahlen zeigen die Herausforderungen, die sich für über 15-jährige im Bereich Schule und Ausbildung ergeben. Wobei die meisten der Minderjährigen mit Fluchtgeschichte über 15 Jahre alt sind. In unserem Sample waren es über zwei Drittel. Es ist definitiv wichtig, dieser heterogenen Gruppe von jungen Menschen passende Unterstützung zukommen zu lassen, in sie zu investieren und ihnen den Abschluss einer Ausbildung zu ermöglichen. Auf jeden Fall wenn man aus einer humanistischen Perspektive argumentiert, aber auch rein volkswirtschaftlich gesehen: ausgebildete junge Menschen, egal woher sie kommen, belasten das Sozialsystem weniger, zahlen im Gegensatz auch mehr Steuern und Abgaben und tragen somit auch zur Sicherung der Pensionen bei. Dass diesen Argumenten aber nicht alle Sorge tragen, wurde im Rahmen der Diskussion und schlussendlich dem Beschluss junge Menschen, die während ihrer Lehrausbildung einen negativen Asylbescheid erhalten, abzuschieben, klar. Gut, man könnte argumentieren, dass wenn diese jungen Menschen einen negativen Bescheid haben und – so die bisherige Gesetzeslage – nach Lehrabschluss abgeschoben werden, dem österreichischen Staat ja sowieso nichts bringen. Aber die Konsequenzen gestalten sich weitreichender: weil die Betriebe nun gar keine Asylwerber mehr als Lehrlinge auf-

nehmen dürfen, fehlt die bisher wichtigste legale Beschäftigungsmöglichkeit für junge Asylwerber_innen komplett. Eine dramatische Auswirkung für die betroffenen jungen Menschen, aber auch für eine Vielzahl von Betrieben. Da Asylwerber_innen sowieso nur eine Lehre in sogenannten Mangelberufen, also in Berufsfeldern, wo sich zu wenige österreichische Lehrlinge finden, absolvieren konnten, werden diese Lehrstellen nun wohl unbesetzt bleiben. Aus wirtschaftlicher Sicht wenig sinnvoll. Wie absurd dieser Beschluss eigentlich ist, sieht man auch an dem Schulerchluss, der sich gegen diese Regelung gebildet hat. Neben den Oppositionsparteien, sprachen sich auch Vertreter_innen der Wirtschaftskammer und der Industriellenvereinigung gegen diese Maßnahme aus. Leider ohne Erfolg: Populismus und dem Wechseln von politischem Kleingeld wurde der Vorzug vor evidenzbasierter, sachlicher Politik gegeben.

CONCLUSIO: POPULISMUS STATT FACHLICHKEIT

Die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen mit Fluchtgeschichte stellt Organisationen und ihre Einrichtungen vor Herausforderungen. Neben dem Handling von interkulturellen Differenzen, sprachlichen Barrieren, der Bearbeitung von Traumata und den üblichen Themen, die Jugendliche und ihre BetreuerInnen beschäftigen, kommen noch strukturelle Benachteiligungen, wie etwa die finanziell massiv schlechtere Ausstattung von Einrichtungen für junge Asylwerber_innen. Die Folge daraus ist, dass es im Vergleich zur Kinder- und Jugendhilfe größere Gruppen zu betreuen bzw. weniger Personal für die jungen Menschen gibt. Auch die teilweise unklaren Obsorgesituationen verschärfen den pädagogischen Alltag. Darüber hinaus wurde mit der de-facto-Schließung des Lehrstellenmarktes für junge Asylwerber_innen, ein zentrales Anliegen der Jugendlichen selbst, nämlich in Schule und Ausbildung Fuß zu fassen, konterkariert.

Somit bleibt einerseits die Anerkennung, der Entwicklungsschritte, die die Jugendlichen trotz widriger Bedingungen machen und andererseits die Hoffnung und die Forderungen an die politisch Verantwortlichen, ihr Handeln an Fakten und nicht an populistischen Maßnahmen zu orientieren.

Mag. Thomas Buchner

Soziologe, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Forschung und Entwicklung von SOS-Kinderdorf. Beschäftigt sich unter anderem mit Bildung und Migration im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe.

QUELLEN

¹ Aus dem Forschungsprojekt entstehen derzeit laufend Publikationen für verschiedene Fachmedien. Sollten Sie Interesse daran haben, dann entnehmen sie weitere Informationen dazu auf unserer Homepage www.sos-kinderdorf.at/forschung-und-entwicklung.

„Ein Kind ist ein Kind, egal wo es geboren ist“ – SOS-Kinderdorf fordert gleiche Chancen für unbegleitete Kinder auf der Flucht. Positionspapier SOS Kinderdorf. Innsbruck/Wien 2015

Factsheet: Unbegleitete Minderjährige mit Fluchtgeschichte bei SOS-Kinderdorf, Innsbruck 2017

Beides abrufbar auf www.sos-kinderdorf.at

» GERECHT IST, WAS ELEND SCHAFFT? «

Ein Kommentar zur Abschaffung der Mindestsicherung und anderen erschreckenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen.

von Sabine Trummer

**Hat man viel, so wird man bald
noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
auch das Wenige genommen.
Wenn du aber gar nichts hast,
ach, so lasse dich begraben –
denn ein Recht zum Leben, Lump,
haben nur, die etwas haben.**

(Heinrich Heine, 1851).

Besser kann man die gesellschaftspolitische Ausrichtung der aktuellen Bundesregierung nicht zusammenfassen.

Sibylle Hamann geht in ihrem lesenswerten Artikel im Falter 23/18 „Geben und Nehmen“ auf wesentliche Fragen zur Mindestsicherung ein: „Die Regierung reformiert die Mindestsicherung. Warum? Für wen? Wen will sie damit treffen und wen trifft sie wirklich?“... „Ist die Kürzung der Mindestsicherung Teil eines perfiden Plans, um in Österreich gezielt Obdachlosigkeit, Elend und Kriminalität zu erzeugen? Will die Regierung die Spannungen in der Gesellschaft so weit verschärfen, dass sie anschließend mit Polizei und repressiven Maßnahmen hart durchgreifen kann?“

So ist es. Die politischen Akteure wissen, was sie tun. Sie wissen auch um die Folgen für jene Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen über kein ausreichendes Einkommen verfügen und auf Mindestsicherung angewiesen sind. Verelendung von Menschen wird nicht nur in Kauf genommen, sie ist beabsichtigt! Für moralische Appelle oder Aufklärung (Benennen der Auswirkungen für Menschen in Notlagen) sind die politischen Akteure damit nicht zugänglich. Dafür bräuchte es ein humanistisches Menschenbild

und eine Haltung, die, ausgehend von der Vorstellung eines besseren Lebens für alle, politische Maßnahmen umsetzt. Wer den „Wirtschaftsstandort“ in die Verfassung mitaufnehmen will, hat damit alles gesagt: Wenn die Rendite, die Profitmaximierung die wesentlichen politischen Ziele sind, die über allem stehen sollen, dann geht es weniger um menschliche Bedürfnisse nach mehr sozialer Sicherheit, um Arbeitsrechte, die vor Ausbeutung schützen, um Rechtsberatung in Zusammenhang mit Anstellungsverhältnissen, um MieterInnenschutz und leistbares Wohnen, um existenzsichernde Einkommen, um Konsumentenschutz, um Umweltschutzmaßnahmen etc. So ist es kein Zufall, dass in allen oben genannten Bereichen Verschlechterungen des Status Quo angedacht sind bzw. bereits beschlossen wurden.

Kürzungen bei der Mindestsicherung, Abschaffung der Notstandshilfe, Streichen der Fördermittel für AMS-Maßnahmen und Beratungseinrichtungen (z.B. Frauen- und Familienberatungsstellen), Einschränkung der Rechte von MieterInnen und Ausrichtung auf renditeerhöhende Maßnahmen im Bereich Wohnen (siehe geplante Reform Mietrechtsgesetz), Aushöhlung von Arbeitsrechten (inkl.

Desavouierung der Arbeiterkammer), Abbau von sozialen BürgerInnenrechten, mehr Druck auf ArbeitnehmerInnen etc. – diese Programmatik hat nichts mit ökonomischen/ budgetären Notwendigkeiten zu tun. Dahinter steht interessen geleitete Politik, von der einige profitieren werden. Die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung werden sich dadurch nicht verbessern. Allerdings verdienen die politischen Akteure 10 von 10 Punkten, wenn es darum geht, oben genannte Maßnahmen so zu vermarkten, dass selbst jene ihre Zustimmung erteilen, die besonders betroffen sind.

SÜNDEBOCKPOLITIK RELOADED

Wer zu wenig zum Leben hat, der ist selber schuld und hat kein Recht auf solidarische Unterstützung – das ist die zentrale Botschaft/ Haltung, die (wieder) zum Mainstream werden soll. Asylsuchende, Menschen im Mindestsicherungsbezug, Arbeitsuchende werden an den Pranger gestellt und pauschal als Leistungsverweigerer denunziert. Mit der altbewährten Sündenbockstrategie werden gesellschaftliche Probleme personalisiert. Die Verantwortung für soziale Sicherheit wird privatisiert und die soziale Frage entpolitisiert. Soziale Sicherheit wird von einem gesellschaftspolitischen Thema in ein Problem der „Armen“ umdefiniert. Nicht die Verhältnisse, die Existenzunsicherheit fördern, sollen beseitigt werden, sondern die davon betroffenen Menschen. Wer „keine Leistung erbringt oder noch nie ins System eingezahlt hat“, der wird auf die Zielscheibe positioniert, der wird zum Ausschluss freigegeben.

Spaltungspolitik – in Zeiten, in denen ein zunehmender Anteil der Bevölkerung von Existenzunsicherheit betroffen oder bedroht ist und in denen sich immer mehr Menschen das Wohnen nicht mehr leisten können, eine geschickte, weil funktionale, Strategie:

Die Wut jener Menschen, die Existenzängste haben wird gegen jene gelenkt, denen es noch schlechter geht. Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Während die Einträge in den sozialen Medien immer noch gehässiger werden und Menschen auch nicht mehr vor Morddrohungen zurückschrecken, können sich die zuständigen politischen Akteure fröhlich in die Hände klatschen. Sie werden nicht mehr als Zuständige/ Verantwortliche wahrgenommen, die es eigentlich in der Hand hätten, Rahmenbedingungen zu beschließen, die der Mehrheit der Bevölkerung das Leben erleichtern würden. Je lauter über Flüchtlinge gehetzt wird, desto still und heimlicher wird im Eiltempo der Abbau von sozialen BürgerInnenrechten beschlossen. Betroffen davon

sind viele. Die „Flüchtlingsdebatte“ ist ein Schutzschild für die Politik: Der vielzitierte „kleine Mann“ soll nicht gegen die Regierung rebellieren, sondern gegen die sogenannten „Asylanten“.

WIR SITZEN ALLE IM SELBEN BOOT

Gegen die politisch produzierten Spaltungen („Einheimische“ gegen Geflüchtete, Erwerbstätige gegen Arbeitsuchende und BezieherInnen von Mindestsicherung, etc.) gilt es, wirksame Strategien zu entwickeln. Die nicht enden wollende Thematisierung der Mindestsicherung (0,8% der Sozialausgaben Österreichs) ist ein strukturiertes und organisiertes politisches Ablenkungsmanöver von den wirklich zentralen gesellschaftspolitischen Problemen und Herausforderungen.

Volkshilfe, Diakonie, Caritas, Armutskonferenz, Kinder- und Jugendanwaltschaften Österreich, BAWO, SPAK Tirol und regionale Vernetzungen der Bundesländer, OBDS, Arbeiterkammer, ÖGB, zahlreiche ExpertInnen und Interessensvertretungen beziehen bereits kritisch Stellung und es werden immer mehr. Das ist das Positive an der aktuellen Situation.

Es gilt, mehr denn je die gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu betonen und solidarisch ein-

zufordern: Existenzsicherheit (auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit und für Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keinen Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt haben, bzw. deren Erwerbseinkommen nicht zum Leben reicht), leistbarer und langfristig gesicherter Wohnraum. Hier braucht es dringend politische Maßnahmen (Interventionen, Investitionen, Regulierungen) zur Verbesserung des Status Quo.

Wenn man Menschen in finanziellen Notlagen die Mindestsicherung kürzt, wird Wohnen nicht bezahlbarer, die Arbeitsbedingungen, Ausbildungsperspektiven oder die ärztliche Versorgung nicht besser. Niemand wird deswegen mehr verdienen oder im Alter besser abgesichert sein.

Wenn die Kürzung der Mindestsicherung die Lösung ist, was war dann noch mal das Problem?

Sabine Trummer

DOWAS Innsbruck, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe – Vorstand für Tirol.



AYSE MALUHAN:
 "Die TeilnehmerInnen lernen an verschiedenen Orten beim Tun: sie kochen im SpielRaum KochLokal, nähen im Nadelöhr Nähcafé, pflanzen an und ernten im Garten vom Verein Freipflanzen, lesen in der Stadtbücherei, lernen in der Bäckerei Kulturbackstube oder im Café Namsa etc."

backstube oder im Café Namsa etc. Zusätzlich besuchen wir gemeinsam für sie relevante Einrichtungen. Häufig sind bei diesen Einsätzen deutschsprachige Ehrenamtliche dabei. Ergänzend haben wir auch TutorInnen, die wöchentlich einzeln mit den TeilnehmerInnen arbeiten und individuelle Ziele verfolgen.

AbsolventInnen haben die Möglichkeit, durch eine Mitgliedschaft weiterhin im Einzelsetting begleitet zu werden und können zudem einmal pro Woche am Programm teilnehmen. Dieser Zugang ist wichtig und gewährleistet die Nachhaltigkeit unserer Programme. Das Gelernte wird nicht vergessen und das Andocken an bestehende Integrationsmöglichkeiten weitergeführt.

Eigentlich wollen wir unsere Zielgruppe nicht als Einheit definieren. Wir würden gerne alle Menschen aufnehmen, deren Bedürfnisse wir erfüllen können und die offen sind, mit einer innovativen, unkonventionellen und sehr persönlichen Methode Deutsch zu lernen. Alle Menschen, die Kontakte brauchen und bereit sind, einheimische und mehrheimische FreundInnen zu finden. Leider zwingt uns die Politik dazu, zu unterscheiden. Wir müssen Unterschiede machen zwischen EU-BürgerInnen bzw. MigrantInnen, Drittstaatsangehörigen und vor dem Inkrafttreten des Integrationsgesetzes Eingewanderten und zwischen anerkannten geflüchteten Menschen, subsidiär Schutzberechtigten und AsylwerberInnen, weil den Menschen leider, je nach Status, nicht gleich viele Fördermittel zur Verfügung stehen. Unsere offiziellen TeilnehmerInnen sind EU-BürgerInnen und Drittstaatsangehörige. Aber auch Menschen aus den anderen genannten Gruppen, allen voran Frauen mit Betreuungspflichten, fühlen sich von unserem Konzept sehr angesprochen, da es einer der wenigen Kurse ist, den sie gemeinsam mit ihren Kindern besuchen können.

Anerkannte geflüchtete Personen, subsidiär Schutzberechtigte und neu Zugewanderte über Familienzusammenführung müssen aufgrund einer Integrationsvereinbarung ÖIF-Kurse an Instituten wie BFI, VHS, WIFI etc. besuchen. Für Menschen, die diesen Kursen inhaltlich nicht folgen können oder aber auch bereits derartige Kurse erfolglos besucht haben – ob aufgrund von Traumatisierungen oder anderen Blockaden – versuchen wir, über das Land Tirol und die Stadt Innsbruck eine Förderung durch Begründung ihrer Situation zu bewirken.

Wir nehmen bei jeder Durchführung auch Personen auf, die keinerlei Unterstützungen erhalten. Zum Beispiel AsylwerberInnen, die keine Möglichkeit zum Besuch eines niveauadäquaten Deutschkurses haben.

So wie wir auch konzeptionell nicht auf eine Schiene allein passen, da wir die Gebiete Kultur, Sprache, Stadt, Soziales, Arbeit und Gesellschaft usw. abdecken, passt unser Angebot auch leider nicht in ein einziges Ressort. Die Ämter schie-

chen Gesprächen mit Betroffenen, mit ExpertInnen aus den Bereichen Sprachtraining und Sozialer Arbeit, Verantwortlichen auf Kommunal- und Landesebene einige Ansätze für das transkulturelle Sprachtrainingsprogramm entwickelt. Vor allem stand und steht für uns die Beziehungsarbeit im Vordergrund.

In Bezeichnungen wie „Deutsch als Fremdsprache“ oder „Deutsch als Zweitsprache“ fehlt uns die Assoziation mit dem Eigentlichen, für uns Wichtigen: „Ich lerne Deutsch als die Sprache der Vielfalt, als die Sprache der neuen Heimat, als die Sprache der Freundschaft bzw. meiner deutschsprachigen Freundinnen und Freunde.“ Das Fremdsein kommt in der Wortwahl zum Tragen und daher wurde der Titel bewusst umformuliert: „Deutsch als FreundInsprache“ ist ein achtwöchiges transkulturelles Trainingsprogramm, welches ohne Klassenräume und Frontalunterricht Menschen die deutsche Sprache vermittelt. Es wird dreimal wöchentlich den ganzen Vormittag im Gruppensetting gelernt, wobei der Praxisbezug einzigartig und beim Erwerb der deutschen Sprache äußerst förderlich ist. Die TeilnehmerInnen lernen an verschiedenen Orten beim Tun: sie kochen im SpielRaum KochLokal, nähen im Nadelöhr Nähcafé, pflanzen an und ernten im Garten vom Verein Freipflanzen, lesen in der Stadtbücherei, lernen in der Bäckerei Kultur-

» DEUTSCH ALS FREUND*INSPRACHE – EINE BESONDERE SYMBIOSE VON SPRACHTRAINING UND SOZIALARBEIT «

von Nini Reichl, Ayse Maluhan

Die Idee entstand aus einer persönlichen Geschichte: Ayse Maluhan ist zweihäuslich. Ihre Eltern stammen aus der Türkei, sind als klassische Gastarbeiter in den 1970er Jahren nach Österreich gekommen und haben bis heute keinen Deutschkurs besucht. „Meine Eltern haben die deutsche Sprache durchs Sprechen gelernt, durch Freundschaft zu Einheimischen.“ Ayses Eltern sind keine Einzelbeispiele. Es gibt aber leider auch Menschen, die schon viele Jahre hier leben, denen die Berührungspunkte mit der österreichischen Gesellschaft immer noch fehlen und damit auch die Sprachkenntnisse. Um dies zu ändern, will Ayse ganz einfach ihre Profession – die Sozialarbeit – mit dem verbinden, was diese Menschen brauchen, um sich in der neuen Heimat besser zurechtfinden zu können: die deutsche Sprache und deutschsprachige Menschen, um in Freundschaft und auf Augenhöhe miteinander und voneinander lernen zu können.

Seit der Einführung des Integrationsgesetzes gibt es verpflichtende Deutschkurse für Zugewanderte. Was es davor nicht gab, wurde zur Pflicht. Teilweise sind Deutschkenntnisse (A1) schon für die Einreise nach Österreich notwendig, wobei ein Nachweis von Sprachkenntnissen nur die Aufenthalts- bzw. Niederlassungsbewilligung für ein Jahr garantiert. Danach muss jährlich neu beantragt werden, was nicht nur mit hohen Kosten, sondern auch mit enormer psychischer Belastung, ob der Ungewissheit, verbunden ist und gleichzeitig auf der Lernebene Einschränkungen und Blockaden schafft. Erst nach einer erfolgreich abgelegten A2-Prüfung kann die Bewilligung auf drei Jahre verlängert werden.

Vor der Durchführung des Pilotprojekts „Deutsch als FreundInsprache 01/2017“ hat Ayse aufgrund von persönlichen und beruflichen Erfahrungen, anhand von zahlrei-



NINI REICHL:
 "In einer Gesellschaft, in der nur allzu gerne schubladiert wird, verstehen wir uns als Inklusions-Initiative"

ben sich die Zuständigkeiten gegenseitig zu und daher fehlt uns die Basisförderung. Somit können die Personalkosten nicht zur Gänze abgedeckt werden. Auch wenn unser Kostenaufwand verhältnismäßig gering ist (keine Raumkosten, kaum Materialkosten), müssen wir das Programm durch Spenden und kleinere Förderungen am Leben erhalten.

In einer Gesellschaft, in der nur allzu gerne schubladiert wird, verstehen wir uns als Inklusions-Initiative: bei uns gibt es nicht nur Gruppen mit durchmischten Sprachniveaus, sondern wir glauben auch daran, dass man sich zum ganzheitlichen Kennenlernen einer Sprache nicht nur auf deren Worte beschränken sollte, sondern dies auch auf sozialer Ebene essentiell unterstützt werden kann. Das geschieht bei uns durch reale menschliche Kontakte und Beziehungen, sowie bei der gemeinsamen Erkundung der Stadt mit all den Plätzen, die Anlaufstellen und offene Räume für alle Mitglieder einer bunten Gesellschaft bieten. Wer dieses Zusatzangebot nutzen möchte, wird bei uns fündig werden. Des Weiteren möchten wir die Inhalte und gemeinsamen Aktionen unserer Lehrgänge auf die Bedürfnisse und Interessen der TeilnehmerInnen abstimmen, um nachhaltig Werte zu vermitteln und Orientierung, sowohl städtisch als auch gesellschaftlich, zu bieten.

Für uns hört die Sozialarbeit nicht mit der Vermittlung in Deutschkurse auf. Wir lernen unsere KlientInnen in acht gemeinsamen Wochen sehr intensiv kennen. Diese Beziehungsarbeit ist ein großer Vorteil, durch den wir gezielt in vielen Lebenssituationen weiterhelfen oder sie an die richtigen Stellen weiter vermitteln können. Auch für Einheimische ist es oft kompliziert, sich am Arbeitsmarkt zurecht zu finden oder einen Bescheid verstehen zu können. Das ist mit eingeschränkten Deutschkenntnissen natürlich deutlich schwieriger und wenn die nötigen Kontakte und Anlaufstellen fehlen, versuchen wir, dieses Manko auszugleichen.

Am 16.01.2019 feiern wir unseren ersten Geburtstag. Wir werden im Rahmen vom Dinner Club feiern und viele FreundInnen und WegbegleiterInnen einladen und auf ein spannendes Gründungs- und Aufbaujahr zurückblicken. Gerade im Gründungs- und Aufbaujahr sind Handlungsansätze und erste Schritte sehr bedeutsam und prägen die Angebote und Maßnahmen der Einrichtung. Unsere vielen BegleiterInnen, TeilnehmerInnen unserer Sprachkurse, sowie der Vereinsvorstand, der die Idee vom ersten Tag an unterstützte, ehrenamtliche MitarbeiterInnen und zahlreiche FreundInnen, die uns je nach Möglichkeiten zur Seite stehen, sie alle bilden die Grundpfeiler unseres Vereines, denn allein und ohne FreundInnen kann man so einen Weg nicht gehen.

Mag.a phil. Nini Reichl

Studium der Romanistik/Französisch, DaF/DaZ-Trainerin und Grundbildnerin, Sprachtrainerin im Verein BEZIEHUNGSWEISE LERNEN, an der VHS Tirol und als externe Lektorin an der Universität Innsbruck im Lehrgang DaF/DaZ tätig;

DSA.in Ayse Maluhan

Sozialarbeiterin, Supervisorin, Initiatorin und Gründerin vom Verein BEZIEHUNGSWEISE LERNEN, derzeit berufsbegleitend im Masterstudium Interkulturelle Soziale Arbeit an der FH Vorarlberg, Lehrtätigkeit am MCI – Supervision für LangzeitpraktikantInnen, Lehrtätigkeit im Institut für Sozialpädagogik – Inter- und Transkulturelle Soziale Arbeit – Supervision;

HIER FINDET IHR DIE KOLUMNE "MICHI MEUTERT", DIE SICH MAL HEITER, MAL KRITISCH MIT AKTUELLEN ENTWICKLUNGEN RUND UM DIE SOZIALE ARBEIT AUSEINANDERSSETZT.



MICHI malt ...

Die gemeine Wahl – eine wahre Geschichte

Eine Frau begegnet einem Mann.

Er erzählt von seiner Trennung, die nicht lange zurückliegt. Er schreibt, witzelt. Hört zu, berichtet von seinem Tag, fragt nach dem ihren.

Sie treffen sich, lachen, verstehen sich, wengleich unerwartet, blendend. Es ist dieselbe Wellenlänge, auf der sie schwimmen, und beide sind angetan vom Erfolg ihrer Begegnung.

In den darauffolgenden Wochen wird er sich um ihre Gunst bemühen, wird sich nach ihrem Befinden erkundigen und aus der Resonanz sein weiteres Werbeverhalten ableiten. Er wird ihr schmeicheln, sie in seine Wohnung einladen, Schwächen preisgeben, Sehnsüchte teilen. Er wird Fotos schicken aus dem Portugal-Urlaub.

Manches kommt ihr ungewöhnlich vor, verursacht Magengrummeln. Er hält sie hin zwischendurch, wirkt zurückhaltend. Sie tut es ab mit einer Handbewegung, die ihre Bedenken fortwischt. Es wird eine Erklärung geben, in Summe fühlt es sich aufrichtig an, handfest. Er kümmert sich. Erkundigt sich fortwährend, wie es ihr geht.

Sie hat ihre Wahl getroffen, lässt sich mitreißen. Endlich anders. Sie freut sich, spürt ihre Neugierde, die Aufregung, die Veränderung. Er ist präsent. Er tut gut.

Nach einigen Monaten die Hiobsbotschaft: Er ist gebunden, seit einem Jahrzehnt. Gemeinsame Wohnung. Die, in der sie gewesen ist. Gemeinsamer Urlaub. Der, aus dem die Fotos kamen.

Schuppen fallen von den Augen. Die Warnzeichen leuchten grell, ganz plötzlich, in der Retrospektive. Es war nicht ihre Person, ihr Wohlbefinden. Es war seine Agenda, sie eine Variable, austauschbar, gutgläubig. Ihre Hoffnung hat er zu seinem Werkzeug gemacht, ihre Sehnsucht zu seinem Spielfeld.

Sie ist zu der leidvollen Erkenntnis gekommen, wie die Jungfrau zum sprichwörtlichen Kind. Unfassbar, unbegreiflich. Und doch ist die Geschichte – in längerer Fassung – genau so passiert.

Hätte sie es besser wissen müssen, die Protagonistin? Ist sie naiv gewesen, dumm?

Nein.

Denn da ist ein Wertesystem, das sie innehat. Da ist ein Mangel, der sie ihre Entschlüsse emotional geleitet fassen lässt – und da ist eine Hoffnung, eine Sehnsucht, die ihr Handeln antreibt.

Immer wieder die Frage: Wie hat es so weit kommen können?

Ratio und Emotion. Uns obliegt es, zu entscheiden, ob wir sie verurteilen, die Protagonistin, die gewählt hat, oder ob wir den Mangel enthüllen wollen, der sich hinter ihrem Entschluss verbirgt. Einen Mangel, der offensichtlich nach wie vor besteht und der sohin nicht in Abrede gestellt werden darf. Einen Mangel, den wir endlich ernst nehmen müssen, wenn diese Gesellschaft, ein ganzes Land, nicht wieder und wieder ihrer lauten Sehnsucht nach einer führenden Vaterfigur verfallen soll.

» TEENSTAR-LEAKS: WENN SEXUALPÄDAGOGIK ANGST MACHT «

von Paul Haller, Kathleen Schröder

Homosexualität, ein Identitätsproblem; Masturbation, ein Ausdruck von Ich-Bezogenheit; Sex, bitte nur in der Ehe – die vom Falter veröffentlichten Unterlagen des sexualpädagogischen Vereins TeenSTAR zeigen ein christlich-fundamentalistisches, ultrakonservatives Weltbild. Kathleen Schröder und Paul Haller von der HOSI Salzburg haben sich in den letzten Monaten mit den Unterlagen beschäftigt und erklären, warum es gefährlich ist, wenn TeenSTAR mit Kindern und Jugendlichen arbeitet.

TEENSTAR MACHT WORKSHOPS AN SCHULEN

Rund 100 Beratungen und Workshops hielt der Verein TeenSTAR dieses Jahr allein bis August ab. Das sagte Gründerin Helga Sebernik auf Anfrage des Falters. In vielen Schulen sei TeenSTAR „seit Jahren ein fixer Bestandteil“, auch an Volksschulen ist der Verein tätig. Unterstützt wird die ultrakonservative Sexualpädagogik-Initiative unter anderem vom Institut für Ehe und Familie der österreichischen Bischofskonferenz. Werbung für TeenSTAR findet sich vor allem auf den Webseiten ultrakonservativer und religiös-fundamentalistischer Initiativen. Finanziert wird der Verein angeblich durch private Spenden. Vom Bildungsministerium fließt jedenfalls kein Geld, wie die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage von Mario Lindner und Sonja Hammerschmid (SPÖ) ergab.

Das mediale Echo war groß nach den TeenSTAR-Leaks, der Veröffentlichung interner Schulungsunterlagen durch die Wochenzeitung Falter und eine Presseaussendung der HOSI Salzburg. Denn die Unterlagen, die für die Ausbil-

dung von Kursleiter*innen verwendet werden, zeigen ein völlig anderes Bild, als die moderate Darstellung auf der eigenen Website. Die hunderten Seiten, die in zwei dicken Mappen zusammengefasst sind, sind eine Gemeinschaftsproduktion von TeenSTAR Österreich, Deutschland und Schweiz in Zusammenarbeit mit TeenSTAR International, datiert mit 1. Jänner 2017.

MISSIONARISCHE EINZELGESPRÄCHE

So genannte TeenSTAR-Kurse sind aufbauende Workshops für Kinder und Jugendliche, die alle ein bis zwei Wochen – oft in Pfarren – österreichweit stattfinden. Im Rahmen eines Kurses sind Kursleiter*innen dazu aufgefordert, zwei bis drei Einzelgespräche pro Teenager zu führen, wie ein in den Schulungsunterlagen enthaltener Leitfaden für Gespräche mit Jugendlichen zeigt: „Termin fixieren (15 min), vorgegebene Zeit nicht verlängern, sondern bei Bedarf stattdessen evtl. einen gemeinsamen Spaziergang/ Essen vorschlagen“, heißt es in den Unterlagen.

Die Fragen, die in diesem Rahmen gestellt werden, lauten beispielsweise: „Wie hast du deine erste Blutung (deinen ersten Samenerguss) erlebt?“ In Bezug auf Geschlechtsverkehr könne nachgefragt werden, ob es eine einmalige Handlung war, ob das Ereignis vor längerer Zeit oder vor kurzem stattgefunden habe und ob es sich um eine noch andauernde Beziehung handle. „Habt ihr weiterhin Geschlechtsverkehr miteinander?“, sei eine adäquate Frage. Einerseits, und hier beginnen die Probleme erst, ist es alles andere als üblich, dass sich Sexualpädagog*innen ein Essen

oder einen Spaziergang mit Jugendlichen ausmachen, sondern massiv grenzüberschreitend. Der Boden der Sexualpädagogik wird hier jedenfalls verlassen. Stattdessen werden Beratungs- bzw. Verhörsituationen geschaffen.

Zum anderen: Das alles würden professionelle Sexualpädagog*innen nie fragen. Schon gar nicht in Einzelgesprächen – zurecht: Denn es geht sie nichts an und stellt einen massiven Eingriff in die Privatsphäre von jungen Menschen dar, die sich der Situation nur schwer entziehen können. Doch TeenSTAR verfolgt ein Ziel: Jugendlichen soll eingetrichtert werden, wo Sex laut Vereinsdoktrin hingehört: in die Ehe. „Wenn ihr euch so sehr liebt, warum heiratet ihr nicht gleich? Wenn nicht, warum habt ihr dann Geschlechtsverkehr?“, das seien zwar keine offenen Fragen, aber manchmal angebracht und hilfreich.

DIE SACHE MIT DEM BLUMENTOPF

An anderer Stelle wird „Sex vor der Ehe“ anhand eines Blumentopfs aus Ton erklärt, den Kursleiter*innen vor den Jugendlichen zerschlagen sollen. Die Erklärung dazu: „Sex bindet zwei Menschen seelisch tief aneinander. Wenn die Beziehung zerbricht, kann dies beide innerlich verletzen, das heißt Scherben hinterlassen. Meist leidet dadurch das Mädchen mehr als der Junge.“

Eine zweite Metapher ist ein zusammengeklebtes Papier – geschlechtergerecht in rosa und blau –, das beim Auseinanderreißen kaputt geht und Schmerzen hinterlässt. Diese Beispiele sind skurril und brutal. Vor allem aber sind sie schlicht manipulativ und einschüchternd. Das ist nichts anderes als psychische Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

ZWEIFELHAFTE BERATUNGSSTELLEN

Zurück zu den Einzelgesprächen. Diese sind auch dazu da, um Schwangerschaften abzuklären und gegebenenfalls einen „Schwangerschaftstest, z.B. aus der Apotheke“ zu machen. Der Gesprächsleitfaden gibt auch hier sehr klare Anweisungen: „Wurde bei einer Kursteilnehmerin eine Schwangerschaft festgestellt und überlegt das Mädchen eine Abtreibung, dann muss die Kursleitung unverzüglich mit dem TeenSTAR-Verein Kontakt aufnehmen, um professionelle Hilfe einer guten Beratungsstelle vermittelt zu bekommen“. Wer diese „guten Beratungsstellen“ sind, wird nicht offengelegt, doch die Schulungsunterlagen empfehlen Methoden, die man von radikalen Abtreibungsgegner*innen kennt. Die Kursleiter*innen sollen aufzeigen, wie weit das Kind schon entwickelt ist – „eventuell mit Bildern“ – und was im Falle einer Abtreibung mit dem Baby passiere. Mit ergebnisoffener und unterstützender Beratung, die junge Menschen in schwierigen Situationen benötigen, hat das nichts zu tun. Mit Sexualpädagogik noch weniger. Auf ebenfalls nicht näher benanntes „gutes Fachpersonal“

wird verwiesen, wenn Jugendliche „homosexuelle Empfindungen“ äußern. In den Augen von TeenSTAR ist Homosexualität ein Identitätsproblem, das durch eine „Kombination von Therapie, speziellen Selbsthilfegruppen und geschulter Seelsorge“ geheilt werden könne.

BILDUNGSMINISTERIUM PRÜFT UNTERLAGEN

Darf das alles sein? Nein! Zumindest im schulischen Bereich gilt der Grundsatz Sexualpädagogik. Er gibt vor, wie sexuelle Bildung an Schulen auszusehen hat. Sie soll „wissenschaftlich gestützte, realistische und nicht verurteilende Informationen“ weitergeben, sich „am Prinzip der Gleichstellung der Geschlechter sowie der Vielfalt der Lebensformen (z.B. sexuelle Orientierung, Geschlechteridentitäten) orientieren“ und „an internationalen Menschenrechten ausgerichtet“ sein. Dies vermittelt TeenSTAR nicht. Die HOSI Salzburg hat die TeenSTAR-Unterlagen dem Bildungsministerium und dem Landesschulrat Salzburg in persönlichen Gesprächen übergeben. Das Land Salzburg hat Schulworkshops bis zum Ergebnis der Überprüfung durch das Bildungsministerium vorübergehend untersagt. Das Bildungsministerium prüft und hat gegenüber dem ORF angekündigt, noch im Dezember einen Erlass zur Causa auszuschicken.

Aus den Kursunterlagen wird deutlich: Sexualpädagogik ist für TeenSTAR nur ein Mittel zum Zweck. TeenSTAR-Kurse sind weder ein Beitrag zu sexueller Bildung noch zur Prävention von sexualisierter Gewalt! Sie sind missionarisch, direktiv und erzeugen zutiefst übergriffige Schein-Beratungssituationen. TeenSTAR missbraucht das Format sexualpädagogischer Workshops, um Zugriff auf Kinder und Jugendliche zu haben und auf diesem Wege seine Doktrin zu verbreiten. Das muss ein Ende haben.

Der Artikel erscheint als online-Version auch auf www.mosaik-blog.at.

Paul Haller

ist Geschäftsführer der HOSI Salzburg, Mitglied der Plattform Intersex Österreich, Sozialarbeiter, Sexualpädagoge und Fachkraft für Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

Kathleen Schröder

leitet die Bildungsinitiativen Schule der Vielfalt und Vielfalt im Beruf der HOSI Salzburg. Sie ist Betriebswirtin, diplomierte Mediatorin und Gesundheitspräventologin.

QUELLEN

¹ https://www.falter.at/archiv/FALTER_20181121A4277F6C81/die-teenstar-leaks

² <http://www.hosi.or.at/2018/11/20/teenstarleaks/>

³ <https://www.falter.at/archiv/wp/die-teenstar-leaksg> Schüssel, in: Kriechbaumer et al. 2013 S. 271–298.

⁴ <http://www.hosi.or.at/2018/11/24/medien-echo-zu-teenstar/>

⁵ <https://www.falter.at/archiv/wp/teenstar-leaks-stellen-aufklarungsarbeit-an-pflichtschulen-in-frage>

⁶ <http://www.hosi.or.at/2018/11/20/teenstarleaks/>



» BERICHT AUS OBERÖSTERREICH «

Womit haben wir, die obds-Landesgruppe OÖ, uns in diesem Jahr verstärkt befasst?

von *Monika Fuchs*

Bei vielen Entwicklungen konnten wir nicht tatenlos zusehen und so sahen wir uns genötigt, lautstark Stellung zu beziehen: Zum einen durch unsere Teilnahme an diversen Demonstrationen, zum anderen durch das Verfassen einer ganzen Reihe an Stellungnahmen an politische EntscheidungsträgerInnen:

Das begann schon mit unserem schriftlichen Protest im November 2017 gegen die Einführung von Studiengebühren an den Fachhochschulen Oberösterreichs (auf den wir einige Antworten von PolitikerInnen erhielten).

Es folgte die obds-bundesweite Stellungnahme zum Regierungsprogramm, an der wir ebenfalls mitgewirkt haben.

LINZER „STADTWACHE“

Zu Jahresbeginn beschäftigte uns ein Thema, das vor allem den Umgang mit BettlerInnen und gesetzlosen StraßenmusikerInnen betraf: Die Linzer Stadtwache. Dieser von der FPÖ erfundene private Ordnungsdienst sollte Linz adretter und sicherer machen und sollte helfen, soziale Brennpunkte in der Stadt durch vermehrte Kontrolle zu entschärfen und nicht zuletzt das „Bettlerunwesen“ eindämmen. Schon im September des Vorjahres hatten wir uns in einem offenen Brief gegen die Stadtwache und für einen vermehrten Einsatz von StreetworkerInnen und/oder für die Schaffung von Stadtteilzentren ausgesprochen.

Im Februar dieses Jahres flammte die Diskussion um die Stadtwache erneut auf, als der zuständige Vizebürgermeis-

ter Detlef Wimmer (FP) sich dafür aussprach, die StadtwächterInnen zu SozialarbeiterInnen auszubilden oder SozialarbeiterInnen innerhalb der Stadtwache einzusetzen. Erneut haben wir uns in einer Stellungnahme an die Landesregierung dagegen ausgesprochen, dass SozialarbeiterInnen für polizeiliche Aufgaben herangezogen werden. Wir forderten eine klare Abgrenzung der Aufgaben und betonten, dass SozialarbeiterInnen nicht „gegen BettlerInnen“ vorgehen, dass SozialarbeiterInnen aber von Armut betroffene Menschen bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützen könnten.

Im Frühjahr 2018 wurde der Endbericht präsentiert, den die oberösterreichische Landesregierung mit folgendem Ziel in Auftrag gegeben hatte: „Eine umfassende Evaluierung des Leistungsspektrums im Sozialressort, mit dem Fokus auf eine bedarfsorientierte Angebotsentwicklung bis zum Jahr 2021 und darüber hinaus.“¹

Eine der darin vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kostensenkung betrifft den ChG-Bereich Freizeit & Kommunikation für Menschen mit Beeinträchtigungen und sieht den vermehrten Einsatz von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen vor. Dazu haben wir im Sommer eine Stellungnahme verfasst, um aufzuzeigen, dass Soziale Arbeit nicht einfach von ehrenamtlichen Personen übernommen werden kann.

Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer antwortete als einzige mit einem Schreiben, in dem sie erklärte, welche Ziele in den Einrichtungen Freizeit & Kommunikation erreicht werden sollen: Aktivierung und Teilnahme am öffentlichen Leben, Integrationshilfe, Förderung von sozialen Fertigkeiten und der Kommunikation, Förderung von Begabungen und Stärken, Förderung der Eigeninitiative, bewusstes Erleben von Freizeit, Verbesserung des seelischen und körperlichen Wohlbefindens. Weiters verwies sie darauf, dass Freizeit- und Kommunikationseinrichtungen als niederschwelliges Angebot gedacht sind. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, mehr Ehrenamtliche einzusetzen bzw. das Angebot durch Selbstorganisation der Betroffenen zu überlassen. Für (akute) Krisen würden die Krisenhilfe, Beratungsstellen oder die Psychiatrie zur Verfügung stehen.

Alle KollegInnen, die wie Elisabeth Schmid (obds Landessprecherin in OÖ) im Bereich der psychosozialen Nachbetreuung arbeiten, wissen, dass diese Möglichkeiten oft nicht ausreichen. In einem erneuten Schreiben an die Landesrätin im September hat Elisabeth Schmid ihr u.a. mitgeteilt, dass die Aufnahme in die Psychiatrie zunehmend schwieriger wird, dass PatientInnen ehest möglich entlassen werden, dass Menschen, die in eine psychosoziale Freizeiteinrichtung kommen, professionelle Unterstützung brauchen. Ehrenamtliche MitarbeiterInnen sind oft nur kurzzeitig aktiv. Als Ergänzung könnten Freiwillige eine Unterstützung sein. – Doch als Kostensenkungsmaßnahme oder als Ersatz für Fachpersonal können wir dies nicht unterstützen und sehen die Zielerreichung gefährdet.

KÜRZUNGEN DER FRAUENBERATUNGSSTELLEN

Auch die Kürzungen rund um die Frauenberatungsstellen waren heuer ein Aufregerthema in Oberösterreich. Schon in den letzten Jahren waren die zugesagten Förderungen für die Frauenberatungsstellen nie erhöht worden, was faktisch durchaus Kürzungen gleichkam. Gegen Ende 2017 kam dann die Hiobsbotschaft: Die Landesregierung OÖ teilte zehn Frauenvereinen mit, dass mit 1.1.2018 die Subventionen des laufenden Aufwands durch die Landesregierung unverhandelbar aufgekündigt werden. Mittlerweile gab es ein Einlenken des Sozialreferats: Bei den (7) regionalen Frauenberatungsstellen wurden die Zuwendungen im Vergleich zum Vorjahr um „nur“ 10 % reduziert, gekoppelt an die Vorgabe, die Mittel verstärkt für Gewaltprävention einzusetzen.

Jene Frauenberatungsstellen, die keine Gewaltprävention anbieten, erhalten seither vom Frauenreferat des Landes OÖ keine Gelder mehr. Konkret betrifft das drei Vereine: FIFTITU%, maiz und Arge SIE. Es sind dies sehr spezialisierte Beratungsstellen. Beim „maiz“ handelt es sich z.B. um eine Selbstorganisation von Migrantinnen, dort werden Frauen in sieben verschiedenen Sprachen beraten. Welche andere Stelle könnte diese hochspezialisierte Beratung bieten?

Personalkürzungen, Stundenkürzungen – nur so können manche Frauenberatungsstellen in OÖ ihre Angebote noch aufrechterhalten. Das bedeutet letztendlich aber auch eine Reduzierung des Beratungsangebots. Wird dieses noch weiter ausgedünnt, dann wird dies an anderer Stelle virulent und z.B. in den Schulen und psychiatrischen Kliniken auffallen. Es wird auch an anderen Stellen erhebliche Mehrkosten verursachen: Allen voran bei der Kinder- und Jugendhilfe, bei der Polizei, den Gerichten, der Bewährungshilfe,...

KINDERBETREUUNGSGELD FÜR KRISENPFLEGEELTERN

Und wie sieht es in OÖ mit der zuletzt angekündigten Streichung des Kinderbetreuungsgeldes für Krisenpflegeeltern aus? Was bedeutet das – und für wen?

Krisenpflegeeltern sollen künftig aufgrund eines Gerichtsentscheids kein Kinderbetreuungsgeld mehr erhalten. Für die betroffenen Krisenpflegeeltern ist dieses Kinderbetreuungsgeld ein sehr wichtiger Gehaltsbestandteil. Wenn es bei dieser Streichung bleibt, dann werden sich viele Krisenpflegeeltern überlegen müssen, ob sie sich ihre schwierige Arbeit zu den neuen finanziellen Bedingungen noch leisten können.

Was allerdings passiert, wenn man keine neuen Krisenpflegeeltern mehr findet? Die Arbeit, die sie machen,

wird stark nachgefragt: Krisenpflegeeltern stellen sich für Säuglinge und Kleinkinder zur Verfügung, deren leibliche Eltern vorübergehend ihrem Erziehungsauftrag nicht nachkommen können. Krisenpflegeeltern bieten dem Kind, das in solch eine Lage kommt, Schutz und Geborgenheit, Struktur und verlässliche Betreuung. Sie begleiten das Kind durch seine krisenhafte Zeit und sie sorgen, falls nötig, für die therapeutische Versorgung des Kindes. Manche dieser Kinder sind entwicklungsverzögert oder chronisch krank und brauchen ganz spezielle Förderungen und Unterstützungen. Es braucht also sehr versierte, sehr flexible, sehr gut ausgebildete Krisenpflegeeltern, deren eigenes Familiensystem stark genug ist, um sich immer wieder für neue Kinder und deren Probleme zu öffnen und das stark genug ist, diese Kinder auch wieder gut loslassen zu können.

Wohin mit den Kleinkindern, wenn nicht mehr genügend Krisenpflegeeltern zur Verfügung stehen? Was soll die Kinder- und Jugendhilfe z.B. nach Gefahr-in-Verzug-Maßnahmen mit diesen Kindern tun? Als Alternative bleibt in den meisten Fällen wohl nur mehr die stationäre Betreuung, die gerade für so kleine Kinder möglichst vermieden werden sollte. Nun hat Familienministerin Bogner-Strauß im Mittagsjournal von Ö1 im September versprochen, sich dieser Problematik anzunehmen und sie hat für Jahresende eine Neuregelung versprochen. Gerade wird gegen den ersten Ablehnungsbescheid eine Klage eingebracht. Laut Bericht im Standard vom 15. September 2018 gibt es in Oberösterreich derzeit 33 Krisenpflegefamilien. Es geht hier also gesamt gesehen nicht um große Summen, dem gegenüber stehen aber große Auswirkungen auf die betroffenen Kinder.

AUFHEBUNG DER DECKELUNG FÜR MANAGEMENTGEHÄLTER

Aktuell gibt es ein neues Thema, das uns außerordentlich ärgert: Bisher gab es eine Deckelung für Managergehälter in Unternehmen, die dem Land OÖ ganz oder mehrheitlich gehören. Die Gehälter sollten jenes unseres Landeshauptmanns nicht übersteigen. (Laut OÖN rund 239.000 Euro brutto im Jahr). Ab sofort ist diese Deckelung nicht mehr gültig. Die Landesregierung (ohne die Stimmen der SP und der Grünen) beschloss die Änderung der entsprechenden Verordnung um eine „Spitzenkraft“ ins Land holen zu kön-

nen. Dieser Spitzen-Manager solle künftig als Vorstandschefs der Gesundheitsholding die Kepler-Uniklinik und die Gespag leiten.

Wir im obds OÖ glauben nicht, dass man gute oder beste Leistung nur durch maximales Gehalt erreicht. Solches Handeln ist aus unserer Sicht gerade im öffentlichen Gesundheitsbereich, in dem der Sparstift an allen Ecken und Enden angesetzt wird, eine Farce.

WO SIND DIE LICHTBLICKE?

Ich fand schon die Demonstration am 30.6. in Wien gegen die Einführung des 12-Stunden-Tages gewaltig. Damals reisten die (zw. 80 000 und 100 000) DemonstrantInnen aus allen Landesteilen an. In Linz dagegen hatte ich bisher immer das Gefühl, es demonstrieren eh immer die gleichen Personen. Ganz anders aber dieses Mal: Am Donnerstag, 8.11.2018 fand erstmalig eine Donnerstags-Demo auch in Linz statt.

Ich war angenehm überrascht, dass so viele Menschen sich so kurzfristig hatten mobilisieren lassen und gegen Sozialabbau und für mehr Solidarität mitmarschierten. Vor allem aber hat mich gefreut, dass ich viele Leute getroffen habe, die bisher noch an keiner Demo teilgenommen haben. Es gab auch ganz viele selbstgebastelte Transparente zu bewundern wie z.B. jenes mit der Aufschrift „lieber solidarisch als solid arisch“. Ganz besonders berührend fand ich ein ca. 20jähriges Mädchen, das gemeinsam mit ihrer Oma und folgender Tafel unterwegs

war: „Meine Oma ist das erste Mal in ihrem Leben auf einer Demo. Sagt Euch das was?“.

Dass so viele Menschen sich gemeinsam auf den Weg machten und zeigten, dass sie nicht widerspruchslos alles dulden wollen, was derzeit in der Regierung beschlossen wird, das gibt mir Anlass zur Hoffnung!

Monika Fuchs, DSA

Sozialarbeiterin in plan B im Bereich Pflegekinder und Pflegefamilien tätig
Vorstandsmitglied des obds



© Freemages.com / Mark Wagner

» DIESE REGIERUNG GEFÄHRDET DEINE GESUNDHEIT! «

Geplante Sozialversicherungsreform ist Mogelpackung.

von Harald Schweighofer

Die geplante Sozialversicherungsreform der Konzerne-Bundesregierung ist nichts als eine Demontage unseres Gesundheitssystems. Wenn dieses Gesetz Mitte Dezember 2018 so im Parlament beschlossen wird, wackelt jede vierte Hausarztstelle und es werden Millionen von Geldern von Tirol für private Kliniken (u.a. eine Schönheitsklinik in Wien) verwendet.

Hier wird durch eine Zwangsfusion ein Milliardengrab geschaffen. Für die Kosten werden später die PatientInnen durch Selbstbehalte, Ambulanzgebühren oder Leistungskürzungen aufkommen müssen. Der Weg dorthin wird durch die geplante Machtverschiebung in der Selbstverwaltung zugunsten der Wirtschaft bereits geebnet. Die Gewerkschaft GPA-djp befürchtet eine Verschlechterung in der regionalen Gesundheitsversorgung und die Zerschlagung des Sozialsystems.

In der neuen Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), in der ArbeiterInnen und Angestellte in Zukunft versichert sind, werden ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen

gleich viel Stimmen in den Verwaltungsgremien haben. Die ArbeitgeberInnen können so alle Entscheidungen blockieren, obwohl sie von diesen nicht betroffen sind. Die Regierung rechtfertigt die Stimmenparität damit, dass die ArbeitgeberInnen die Hälfte der Beiträge bezahlen würden. Das ist falsch – den größeren Teil zahlt der/die ArbeitnehmerIn und wenn man es genau nimmt, steht den ArbeitnehmerInnen die Sozialversicherungsbeiträge als Teil ihres Gesamteinkommens zu.

DRITTKLASSIGE MEDIZIN FÜR ALLE SIEBEN MILLIONEN MENSCHEN

Alle Entscheidungen fallen künftig in der Zentrale der ÖGK in Wien – die hat Budget- und Personalhoheit. In der Verwaltung will die derzeitige Bundesregierung 30 % der MitarbeiterInnen einsparen, obwohl der Verwaltungsaufwand der Gebietskrankenkassen 2,8 % (Vergleich andere Länder: Niederlande 4,1 % und Deutschland 5,4 %) ausmacht, 97 % der Ausgaben werden für die Versicherten verwendet; bei privaten Versicherungen sind es 70 % und nur

¹ <https://www.birgit-gerstorfer.at/aufgaben/soziales/projekt-sozialressort-2021.html> (Stand 29.10.2018)

Mach dich stark!

Und profitiere von mehr Sicherheit im Job.

www.gpa-djp.at/mitgliedwerden



Regionalgeschäftsstelle Tirol
Südtiroler Platz 14
6020 Innsbruck

Tel: 05 0301/28000
eM@il: tirol@gpa-djp.at

GPA **djp** TIROL
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER